



Plenarprotokoll

84. Sitzung

Freitag, 17. April 2020

Regierungserklärung zu „Unser Weg aus der Krise - Perspektiven für Schleswig-Holstein“..... 6337

Drucksache 19/2114

Daniel Günther, Ministerpräsident.	6337
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6341
Tobias Koch [CDU].....	6345
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6348
Christopher Vogt [FDP].....	6351
Jörg Nobis [AfD].....	6356
Lars Harms [SSW].....	6359
Serpil Midyatli [SPD].....	6363

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 15:02 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 31. (außerordentliche) Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß zu dieser Tagung einberufen und beschlussfähig. Wie bereits in der März-Tagung praktiziert, haben die Fraktionen zum Schutz der Abgeordneten vereinbart, auch in dieser Tagung die empfohlene Abstandsregelung einzuhalten, weshalb nicht alle Abgeordneten an dieser Tagung teilnehmen. Ich weiß, dass das eine besondere Herausforderung ist, über die wir uns im Ältestenrat weiter unterhalten werden, weil das natürlich nur ein vorübergehender Zustand sein kann.

Selbstverständlich hat jede und jeder Abgeordnete das Recht und letztendlich auch die Pflicht, an den Sitzungen teilzunehmen. Wir werden im Ältestenrat miteinander beraten, wie wir unter den notwendigen hygienischen Bedingungen sicherstellen, dass das der Fall ist. Ich will das ausdrücklich sagen, weil es natürlich notwendig ist, dass das Parlament in seiner Gesamtheit handlungsfähig bleibt.

Wir haben im Ältestenrat auch miteinander vereinbart, dass diesmal möglichst jede und jeder Abgeordnete eine Maske tragen soll. Das betrifft vor allen Dingen das Hineingehen in den Plenarsaal und das Hinausgehen. Bei Einhaltung der Abstandsregelung, die heute gewahrt ist, ist es nicht notwendig, die Maske die ganze Zeit zu tragen; deswegen werde auch ich sie jetzt abnehmen.

(Die meisten Anwesenden nehmen ihre Schutzmaske ab)

Es ist notwendig, dass wir einerseits deutlich machen, dass das eine Maßnahme ist, die unter bestimmten Bedingungen sinnvoll ist, und andererseits, dass diese Maßnahme nicht vorgeschrieben ist. Bitte denken Sie daran, wenn Sie den Saal verlassen - aus welchen Gründen auch immer -, die Maske wieder anzulegen. Und Sie wissen ja - darauf muss ich Sie nicht hinweisen -, dass Sie das nur an den Stellen machen sollten, die nicht die Vorderfläche betreffen. Auch das ist klar.

Ich habe mich angesichts der besonderen Bedingungen entschieden, auch diese Sitzung ohne Schriftführerinnen und Schriftführer zu leiten. Auch dazu wird es in Zukunft entsprechende Vorkehrungen geben, dass wir das wieder anders sicherstellen können.

(Präsident Klaus Schlie)

Aufgrund der besonderen Situation verzichte ich darauf mitzuteilen, welche Abgeordneten sich im Einzelnen bei mir abgemeldet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, in der heutigen Plenartagung nur den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung zu „Unser Weg aus der Krise - Perspektiven für Schleswig-Holstein“ zu behandeln. - Ich höre dazu keinen Widerspruch; dann werden wir entsprechend verfahren.

Ich darf die Damen und Herren auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags begrüßen - im Wesentlichen Journalisten -, die dafür sorgen, dass wir öffentlich tagen und das mitgeteilt wird.

(Zurufe: Claus Möller!)

- Den habe ich als Journalisten mit eingeordnet. - Lieber Herr Möller, Pardon, herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir freuen uns ganz besonders, dass Sie uns bei dieser Tagung begleiten. Vielen herzlichen Dank! Ich habe Sie eben nicht gesehen, Herr Möller, es tut mir leid.

(Zuruf von Claus Möller von der Zuschauertribüne)

- Danke schön, das ist eine wichtige Botschaft, die wir zur Kenntnis nehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung zu „Unser Weg aus der Krise - Perspektiven für Schleswig-Holstein“

Drucksache 19/2114

Das Wort für die Regierungserklärung hat der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An erster Stelle muss auch heute der Dank stehen: Im Namen der Landesregierung danke ich allen Menschen, die im Gesundheitswesen und an allen anderen Stellen in Schleswig-Holstein die Versorgung sichern, die unser Land und unser Gemeinwesen schlichtweg am Laufen halten, und das trotz aller Einschränkungen und Beschwerden. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall im ganzen Haus)

Gleichzeitig bedanke ich mich bei allen Menschen in Schleswig-Holstein, die sich seit gut einem Monat an die Kontaktbeschränkungen und strengen Regeln halten. Nur auf diese Weise haben wir es gemeinsam geschafft, die Ansteckungskurve zu verflachen. Nur deshalb haben wir unser Gesundheitssystem nicht überfordert, und nur darum können Krankenhäuser derzeit den Normalbetrieb aufnehmen.

In den Kliniken im Land ist aktuell gut die Hälfte der Betten auf Intensivstationen belegt. Die vergangenen Wochen wurden genutzt, um die Zahl beatmungsfähiger Intensivplätze um etwa 300 Betten auf fast 900 Betten zu steigern.

Dennoch gab es in den vergangenen Wochen auch in Schleswig-Holstein 59 Menschen, die mit dem Coronavirus infiziert waren und daran gestorben sind, denen keine Medizin helfen konnte. Das zeigt noch einmal: Aus gutem Grund nehmen wir alle miteinander diese Pandemie sehr ernst. Wir können nicht verhindern, dass Menschen an diesem Virus sterben, doch wir können es schaffen, dass sie nicht deshalb sterben, weil die medizinischen Kapazitäten fehlen.

Dementsprechend diszipliniert haben sich die allermeisten in den vergangenen Wochen verhalten. Darüber habe nicht nur ich mich richtig gefreut, darauf können wir alle gemeinsam stolz sein. Auch dafür sage ich an diesem Tag Danke.

(Beifall im ganzen Haus)

Aber gerade weil das jedem von uns viel abverlangt, kann ich alle verstehen, die zurück in ihr unbeschwertes Leben wollen und sich deshalb bei den Erleichterungen einen größeren Wurf erhofft haben. Denn es geht schließlich um Existenzen, um Menschen, die nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen.

Aber es geht auch um Menschenleben. Wir sehen, was das Virus in Krankenhäusern und Pflegeheimen anrichtet. Deshalb führen nur kleinere Etappen in mehreren Schritten zurück ins vertraute Leben, damit wir die erreichten Erfolge bei der Eindämmung der Coronapandemie nicht gefährden, damit wir Gesundheit und Leben schützen.

Die Perspektive ist: Rückkehr in den vertrauten Alltag, nicht von heute auf morgen, sondern Schritt für Schritt. Wir reden beim Zeitraum für die schrittweisen Erleichterungen nicht von Tagen oder Wochen, wir sprechen von Monaten.

Wie gut wir vorankommen, hängt einerseits vom Virus und vom medizinischen Fortschritt ab, ande-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

rerseits vom Verhalten jedes Einzelnen. Jeder von uns nimmt mit dem Befolgen einfacher Regeln Einfluss auf den Fortschritt. Sich an die Regeln zu halten, das ist solidarisch - nicht um der Landesregierung einen Gefallen zu tun, es geht einzig darum, sich und die Mitmenschen zu schützen.

Deshalb wiederhole ich: Halten Sie die Hygienevorgaben, wie regelmäßiges Händewaschen, weiterhin streng ein, und verzichten Sie, auch wenn es schwerfällt, auf geselliges Freizeitvergnügen! Halten Sie weiterhin 1,5 m Abstand, und verwenden Sie, wo dies nicht möglich ist, beispielsweise in Bus, Bahn oder im Geschäft, nach Möglichkeit eine Alltagsmaske für Mund und Nase - die kann gern selbstgenäht sein - oder einfach einen Schal oder ein Tuch. Denn medizinische Schutzausrüstung muss denen vorbehalten bleiben, die sie dringend benötigen, in den Kliniken, in der Pflege, im Rettungsdienst. Weltweit ist das ein knappes Gut. Der Bund und das Land unternehmen gemeinsam große Anstrengungen, um Schutzausrüstung zu beschaffen.

Meine Damen und Herren, die Zahlen zu Ausbreitung und Ansteckung lassen uns mittlerweile schon wieder etwas Raum für Optimismus. Doch wir bewegen uns nach wie vor auf dünnem Eis und gehen nur vorsichtige Schritte, bis wir die Krise hinter uns haben. Wenn wir zu vorschnell sind, brechen wir ein und fallen weit zurück. Deshalb bewerten Bund und Länder ab jetzt alle 14 Tage neu, ob das Eis trägt oder ob es brüchig wird und wir nachjustieren müssen. Begleitend müssen wir Sicherungsleinen einziehen, mit denen wir uns weiter vorwagen können.

Dazu wollen wir die Testkapazitäten so schnell wie möglich erhöhen. 650.000 Tests pro Woche sind bundesweit schon möglich. Diese Zahl wollen wir weiter steigern. Damit wir zielgenau testen können, sollten wir digitale Unterstützung nutzen, die uns helfen kann, die Ausbreitung des Virus nachzuvollziehen. Wenn wir mit einer App anonymisierte Daten erheben können, um Kontaktketten nachzuvollziehen und zu unterbrechen, lassen Sie uns diese Möglichkeit unter Einhaltung des Datenschutzes nutzen. Derzeit entwickelt der Bund eine solche App.

Wir wollen planvoll, peu à peu zu einem Leben kommen, das so frei wie möglich ist, und das für alle Bürgerinnen und Bürger, ob Risikogruppe oder nicht. Das ist für die Landesregierung der Maßstab des Handelns. Deshalb beobachten wir täglich die Situation im Land und passen bei Bedarf Verordnungen oder Erlasse an.

Pandemien sind Extremsituationen, die auch für die Landesregierung herausfordernd sind. Trotz intensiver Beratung mit den Experten lernen wir täglich dazu - auch ich natürlich -, und wir werden mögliche Fehleinschätzungen auch zukünftig klar benennen und zeitnah korrigieren. In dieser für uns alle schwierigen Situation sind wir darauf angewiesen, dass die Medien differenziert berichten, um Klarheit zu schaffen und Unsicherheiten entgegenzuwirken. Wir tragen hier eine gemeinsame Verantwortung.

Die Landesregierung wird in der kommenden Zeit durchaus mit Kritik an den einzelnen Schritten rechnen und umgehen müssen. Denn ein schrittweises Vorgehen setzt zwangsläufig immer wieder neue Grenzen, die nicht jeder gerecht finden kann. Ich will die einzelnen Schritte erläutern, die in Schleswig-Holstein ab Montag greifen.

Alle Geschäfte, deren Verkaufsfläche 800 m² nicht übersteigt oder die ihre Verkaufsfläche auf diese Zahl reduzieren, dürfen unter Auflagen wieder öffnen, mit klaren Hygiene- und Abstandsvorgaben. Unabhängig von der Verkaufsfläche dürfen Auto-, Fahrrad- und Buchhandel wieder öffnen.

Wie geplant starten wir in der nächsten Woche mit den Abiturprüfungen an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. An den prüfungsfreien Tagen wird es ab dem 22. April in allen Gemeinschaftsschulen eine Vorbereitung auf die Prüfungen zum Ersten allgemeinbildenden Abschluss und zum Mittleren Schulabschluss geben. Auch an den Hochschulen können ab Montag Prüfungen abgenommen werden; erforderlich dafür ist, wie an den Schulen, die Vorlage eines Hygieneplans.

Für alle anderen Schüler, auch an den beruflichen Schulen, wird es frühestens ab dem 4. Mai eine etappenweise Rückkehr in die Schulen geben, beginnend mit den Übergangsjahrgängen, also denjenigen, die die Schulart wechseln, wie die Grundschülerinnen und -schüler und diejenigen, die im kommenden Jahr Prüfungen ablegen werden.

Auch hier gilt: Wir müssen genau abwägen, wie groß die Schritte sind, die wir verantworten können. Dazu beraten aktuell die Kultusminister der Länder. Definitiv braucht es vor der Öffnung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen einen gewissen Vorlauf, damit vor Ort die notwendigen hygienischen Vorbereitungsmaßnahmen getroffen und zum Beispiel Schülerbeförderungen organisiert werden können.

Wir werden unterdessen in den Kitas und Schulen bis zur sechsten Jahrgangsstufe die Notbetreuung

(Ministerpräsident Daniel Günther)

erweitern, um insbesondere Alleinerziehenden zu helfen. Deshalb dürfen zukünftig alle berufstätigen Alleinerziehenden ihre Kinder in die Kitas bringen und Familien, in denen ein Elternteil in einem Bereich der kritischen Infrastruktur arbeitet.

Der Schutz von Senioren- und Pflegeheimen ist in dieser Situation besonders wichtig. Das Sozialministerium arbeitet daran, schrittweise auch hier soziale Kontakte wieder zu ermöglichen. Die Rückkehr in den Alltag wird für diese besonders schutzbedürftigen und gefährdeten Einrichtungen jedoch erheblich länger dauern.

Zusammenkünfte in Kirchen, Moscheen, Synagogen sowie religiöse Feierlichkeiten und Veranstaltungen sind weiterhin nicht erlaubt. Hier sind wir natürlich im Austausch und werden schnell umsetzen, was Bund und Länder mit den großen Religionsgemeinschaften vereinbaren.

Die Spielplätze können wir ebenfalls noch nicht wieder freigeben. Dafür können ab Montag die Tier- und Wildparks unter Auflagen in Schleswig-Holstein öffnen. Zum 4. Mai wollen wir dann Individualsport im Freien wie Reiten, Angeln, Leichtathletik oder Wassersport ermöglichen - immer unter dem Vorbehalt niedriger Infektionszahlen.

Friseurbetriebe können sich ebenfalls darauf vorbereiten, ab dem 4. Mai wieder zu öffnen, sofern die Hygieneauflagen eingehalten und die persönliche Schutzausrüstung gewährleistet werden können.

Bis Ende August bleiben Großveranstaltungen untersagt, aber beginnend mit dem 4. Mai wollen wir in Schleswig-Holstein erste Veranstaltungen nach klar definierten Kriterien wieder ermöglichen. Die Größenordnungen hängen von der Entwicklung der Pandemie ab. Solange die Ansteckungsrate niedrig bleibt, werden wir die zulässige Teilnehmerzahl nur behutsam steigern können, sodass erst Ende August bestimmte Veranstaltungen mit möglicherweise bis zu 1.000 Gästen möglich sind.

Meine Damen und Herren, gerade im Tourismusland Schleswig-Holstein ist es uns wichtig, für Gastronomie, Hotels und private Vermieter eine Perspektive aufzuzeigen. In Schleswig-Holstein soll deshalb einer der nächsten Schritte sein, dass wir auch hier zu Erleichterungen kommen. Einen genauen Zeitpunkt können wir momentan noch nicht festlegen.

In einem ersten Schritt soll es erlaubt sein, die Zweitwohnungen wieder zu beziehen. In einem zweiten Schritt darf das Vermietungsgeschäft beispielsweise in Hotels und Ferienwohnungen wieder

anlaufen. Und im dritten Schritt ist dann auch wieder Tagestourismus möglich. Aber aktuell gilt: Urlaubs- und Freizeitreisen nach Schleswig-Holstein sind derzeit nicht gestattet.

Meine Damen und Herren, ich verstehe den Wunsch vieler, die Betriebe möglichst schnell wieder hochzufahren. Aber einschneidende Regelungen waren notwendig und sind es zumindest teilweise immer noch. Es wird die Zeit kommen, in der alle Unternehmen wieder ohne Einschränkungen wirtschaften können, doch so weit ist es momentan noch nicht. Wir dürfen es nicht riskieren, noch einmal zu einem Lockdown zurück zu müssen.

Gleichzeitig schmerzt es mich zu sehen, wie sehr Unternehmerinnen und Unternehmer und mit ihnen viele Angestellte darunter leiden, aber auch Freiberufler und Selbstständige. Gerade Schleswig-Holstein mit seiner Wirtschaftsstruktur ist hier hart betroffen. Denn wir haben viele kleinere und mittlere Unternehmen, die keine großen Rücklagen bilden können.

Die Tourismusbranche - Hotels, Gastronomie und Gaststätten - ist bei uns besonders stark betroffen. Diese Branche hat Totalausfälle hinnehmen müssen, die auch in der vorsichtigsten Finanzplanung nicht einkalkuliert waren.

In dieser Situation stellt sich der Staat schützend hinter die Unternehmen. Natürlich können wir nicht die kompletten Einnahmen ersetzen, doch Bund und Land haben richtig viel Geld in die Hand genommen, um so viele wirtschaftliche Existenzen zu sichern wie nur irgend möglich. Der Bund hat ein Hilfspaket von insgesamt 50 Milliarden € aufgesetzt. Daraus fließen Soforthilfen an kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler.

Aus diesem Paket gibt es Zuschüsse von maximal 9.000 € für drei Monate für Freiberufler, Selbstständige und Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten, maximal 15.000 € bei bis zu zehn Beschäftigten. Dabei geht es erst einmal darum, dass laufende Kosten bedient werden können. Auch hier können keine individuellen Einnahmeverluste kompensiert werden. Für Schleswig-Holstein hat die Landesregierung dort nachgesteuert, wo bisher die größten Lücken in den Förderprogrammen des Bundes waren.

Vor allem das Hotel-, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe braucht dringend Liquidität. Dafür hat die Landesregierung 300 Millionen € für einen Mittelstandssicherungsfonds eingesetzt, wovon je die Hälfte für kleinere Darlehen zwischen 15.000 € und

(Ministerpräsident Daniel Günther)

50.000 € sowie für große Darlehen zwischen 50.000 € und 750.000 € verwendet wird.

Gleichzeitig haben wir schnell die Zuschusslücke bei den Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten geschlossen. Seit dem 14. April können Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten einen Zuschuss von maximal 30.000 € beantragen. Damit bieten wir 98 % aller Betriebe in Schleswig-Holstein ein Zuschussprogramm und parallel sowie ergänzend dazu die mehrjährig zinslosen Darlehen aus dem Mittelstandssicherungsfonds. Außerdem haben Bund und Länder den rechtlichen Rahmen dafür geschaffen, dass beispielsweise Steuerzahlungen und Tilgungsraten gestundet werden können.

Auch die Kunst- und Kulturlandschaft bei uns im Norden unterstützen wir in dieser schwierigen Zeit.

Insgesamt hat das Land bereits 500 Millionen € für Coronasoforthilfen aufgebracht, und wir wollen weitere 500 Millionen € bereitstellen. Dabei stimmen mich die Signale der deutlichen Mehrheit des Landtags hoffnungsfroh, dass Sie die Mittel bereitstellen.

Das sind extreme Summen für ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein. Doch dies sind keine normalen Zeiten, und wir müssen dafür sorgen, dass unsere Unternehmen durchhalten und schnell wieder an den Start gehen können, sobald die gesundheitlichen Vorsichtsmaßnahmen dies erlauben.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Investitionsbank Schleswig-Holstein danken. Fast 60.000 Anträge sind seit Ende März eingegangen, und sie arbeiten im Akkord daran, die Gelder so schnell wie möglich auszuzahlen.

(Beifall im ganzen Haus)

Gleichzeitig bitte ich diejenigen um etwas Geduld, deren Antrag noch nicht durch ist. Ich weiß, dass jeder Tag ohne den dringend benötigten Zuschuss schwer zu ertragen ist. Wir tun alles, um noch schneller zu werden. Deshalb danke ich ausdrücklich auch den rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, die den Kolleginnen und Kollegen in der IB.SH Hilfe leisten.

(Beifall im ganzen Haus)

Im Zusammenhang mit den Soforthilfen appelliert die Landesregierung an die Ehrlichkeit aller Antragsteller: Seien Sie solidarisch mit den Betrieben, die in echter Existenznot sind!

Meine Damen und Herren, um Zeit geht es momentan auch in der Forschung. Für den Weg aus der ak-

tuellen Situation sind wir ganz dringend auf die Medizintechnik und medizinische Forschung angewiesen. Wenn ich sehe, was da allein aus unserem kleinen Schleswig-Holstein kommt, muss ich sagen: Darauf können wir alle zusammen schon mächtig stolz sein.

Die Firma Dräger aus Lübeck ist spätestens jetzt weltweit bekannt und baut extra neue Produktionsstandorte auf, um zum Beispiel auch in den USA dringend benötigte Schutzmasken zu produzieren. Im Auftrag der Bundesregierung baut Dräger außerdem 10.000 Beatmungsgeräte. Auch andere Unternehmen beginnen jetzt damit, in Schleswig-Holstein Schutzausrüstung herzustellen.

An unseren Universitäten in Kiel und Lübeck, an unserem UKSH, bei biomedizinischen Unternehmen und im Forschungszentrum Borstel läuft die Forschung mit Hochdruck. Impfstoffe, Antikörpertests und Medikamente - wenn wir das Coronavirus zurückdrängen wollen, geht das langfristig nur über diesen Weg. Auch am UKSH in Kiel wird in einer internationalen Studie ein Medikament im Einsatz gegen das Virus getestet.

Am Ende ist es mir gleich, woher die Wirkstoffe kommen - Hauptsache, wir finden die richtigen. Doch ich bin stolz darauf, dass Schleswig-Holstein bei der Suche und Entwicklung seinen Beitrag leisten kann.

Meine Damen und Herren, Politik ist immer ein Abwägen. In dieser Krisensituation wird das ganz deutlich, gerade weil sich auch die Experten in ihren Empfehlungen nicht immer einig sind. Einerseits wollen wir so schnell wie möglich individuelle und unternehmerische Freiheiten wiederherstellen. Die Schutzmaßnahmen dürfen nicht so langanhaltend sein, dass Betreuung, Beruf und Bildung nachhaltig darunter leiden, dass psychische Leiden entstehen oder sich verschlimmern. Grundrechte dürfen keinesfalls über die Maßen eingeschränkt bleiben. Andererseits müssen wir die Menschen in unserem Land schützen und medizinische Versorgung für jeden Menschen sicherstellen.

Dazwischen bewegt sich die Landesregierung und trifft deshalb politische Entscheidungen immer mit Augenmaß, aber auch mit der nötigen Konsequenz, damit wir in manchen Bereichen auf besondere Gegebenheiten Schleswig-Holsteins Rücksicht nehmen und die Gesundheitsversorgung überall sicherstellen können. Auch das kann man sich vor Augen führen: Die Regelungen, die wir in Schleswig-Holstein und in Deutschland beschlossen haben, sind

(Ministerpräsident Daniel Günther)

nicht so einschneidend, wie sie leider in Italien, Spanien und Frankreich notwendig waren.

Forscher in London sagen: Deutschland ist in der Coronapandemie eines der sichersten Länder der Welt. Das liegt auch, vielleicht sogar gerade am vorbildlichen Verhalten der allermeisten Bürgerinnen und Bürger. Dank dieser disziplinierten Solidarität können wir inzwischen über schrittweise Erleichterungen reden.

In den kommenden Wochen kommt es darauf an, dass wir solidarisch und diszipliniert bleiben. Das ist umso wichtiger, da wir nicht jede Erleichterung bis ins kleinste Detail regeln können. Deshalb vertraue ich ausdrücklich darauf, dass jede und jeder eigenverantwortlich abwägt: Ist das, was ich vorhabe, unbedingt notwendig? Kann ich dabei den Abstand einhalten? Ich setze darauf, dass wir in Schleswig-Holstein weiterhin umsichtig und pragmatisch handeln.

(Beifall im ganzen Haus)

Das bleibt die Leitlinie der Landesregierung, und das ist zugleich mein Appell an uns alle, damit wir in zwei Wochen die nächsten Schritte aus der Coronakrise machen können.

Danke ausdrücklich, dass so viele von Ihnen, weit über die regierungstragenden Fraktionen hinaus, diesen Weg gemeinsam gehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich glaube, gerade dieses Zeichen gibt vielen Menschen in Schleswig-Holstein Hoffnung und Mut. Gemeinsam werden wir diesen Weg weitergehen. So werden wir die Krise zusammen meistern. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einem Monat sind wir zuletzt zusammengekommen - schon damals unter besonderen Umständen und am Beginn einer Zeit, in der wir als gewählte Politikerinnen und Politiker die größte Herausforderung seit der Gründung der Bundesrepublik zu bewältigen haben. Das sage ich trotz der Deutschen Einheit.

Seitdem hat sich das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein in kurzer Zeit dramatisch verändert. Was vorher kaum vorstellbar war, ist zur neuen Normalität geworden. Das öffentliche Leben ist in einem beispiellosen Maße heruntergefahren worden. Zum Schutz der besonders gefährdeten Gruppen, der Vorerkrankten, Älteren und Schwächeren, zwingt die Coronapandemie uns, alles, aber auch wirklich alles zu unternehmen, was möglich ist, und alles zu unterlassen, was die Gefahren erhöht. Wir alle miteinander können dankbar und auch ein wenig stolz sein, wie ruhig und verantwortungsbewusst der weit überwiegende Teil der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner die notwendigen Einschränkungen mitträgt. Dafür haben die Menschen in unserem Land unseren großen Dank verdient.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Der Blick auf die Infektionszahlen und die Kapazitäten unserer Krankenhäuser zeigt, dass uns vorerst Zustände wie in Italien oder Spanien, aber auch in Teilen Frankreichs oder in den USA erspart geblieben sind. Das ist eine gute Nachricht. Umsicht und Vorsicht sind sehr viel klüger. Es ist sehr viel leichter zu ertragen, dass ein paar Krankenhäuser Kurzarbeit angemeldet haben, als wenn es umgekehrt gewesen wäre. Ein Grund für vorschnelle Entwarnung ist es aber nicht.

Unsere Gesellschaft ist nach wie vor in weiten Teilen nicht gegen das Virus immun. Es gibt keinen Impfstoff; ein wirksames Heilmittel steht noch nicht zur Verfügung. Unsere beste Strategie bleibt die Eindämmung, und wir müssen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, eine zweite Welle zu verhindern. Das muss die Leitschnur sein, wenn wir darüber sprechen, wie unser Weg, wie ein verantwortbarer Weg aus der Krise aussehen kann.

Gemeinsam stehen wir jetzt vor einer Herausforderung, die vielleicht noch größer ist als vor vier Wochen: Wir müssen und wollen dort, wo es möglich ist, die Lockerungen der Einschränkungen umsetzen. Aber auch das wird mit strengen Auflagen erfolgen müssen. Gleichzeitig geht es darum, die Akzeptanz für alle Maßnahmen zu erhalten, die Bereiche betreffen, bei denen Lockerungen eben noch nicht möglich sind. Dafür haben die Abstimmungen in den vergangenen Wochen die nötigen Weichen gestellt - nicht ohne Widersprüche in einigen Details, auf die man hinweisen muss, aber doch im Wesentlichen vernünftig und in der gebotenen Einheitlichkeit.

(Dr. Ralf Stegner)

In der Verantwortung, die wir alle tragen - auf kommunaler, landespolitischer und bundespolitischer Ebene -, haben der Staat und die demokratischen Parteien ihre Handlungsfähigkeit gezeigt. Das ist ein gutes Signal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es sind auch ungewöhnliche Zeiten für die Zusammenarbeit von Regierung und Opposition. Breite Akzeptanz für die weitergehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens - wir reden über die größten Grundrechtseingriffe seit 70 Jahren - können wir nur im Schulterschluss der Demokratinnen und Demokraten gewinnen. Darum bin ich der Landesregierung für die nach wie vor enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit dankbar.

Der Oppositionsführer ist aber nicht zum Regierungssprecher geworden. Die Opposition hat drei Aufgaben. Erstens: Wir tragen gemeinsame Verantwortung für die Maßnahmen in ungewöhnlichen Zeiten mit außergewöhnlichen Beschränkungen der Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Zweitens: Wir kritisieren das Regierungshandeln dort, wo es in der Sache geboten ist. Drittens: Wir setzen uns für diejenigen ein, die unsere Unterstützung in dieser Zeit am dringendsten brauchen, weil sie unter den gegenwärtigen Beschränkungen am meisten zu leiden haben oder am meisten für alle schufte müssen. Da nimmt die Opposition mehr Einfluss und kann für mehr Verbesserungen sorgen, als dies im normalen Nebeneinander von Regierung und Opposition möglich ist.

Es liegt also in der Natur der Sache, dass wir nicht in allen Punkten einer Meinung sind. Herr Ministerpräsident, es ist kein Geheimnis, dass wir uns in der Frage der Abi-Prüfungen mit dem erfolglosen Vorpreschen der Frau Bildungsministerin etwas anderes gewünscht hätten. Das gilt auch für die Frage des etwas forschen Vorgehens in Sachen Zweitwohnungen oder der völlig missratenen Kommunikation, was Familienzusammenkünfte an Ostern betrifft. Öffentlich für erlaubt zu erklären, was man sich ausdrücklich nicht wünscht, mag Juristen befrieden, die Öffentlichkeit nicht.

So ähnlich, fürchte ich, wird die öffentliche Wirkung auch sein, wenn wir erklären müssen, warum wir Kinderspielplätze immer noch geschlossen lassen, aber absehbar Veranstaltungen mit mehreren 100 Leuten zulassen. Das wird schwierig zu vermitteln sein. Auch die Auseinandersetzung über die Kontrollen von Spaziergängern oder Joggern im

Hamburger Umland sehen wir mit Blick auf die gute Nachbarschaft mit Sorge, weil hier ein partnerschaftliches Verhältnis in Gefahr gerät, an dem über Jahre hart gearbeitet worden ist.

(Beifall SPD)

Klar ist, dass wir auch in Hamburg um Verständnis dafür werben müssen, dass wir als gastfreundliches Tourismusland den Tagestourismus für eine ganze Zeit unterbinden müssen. Ich füge ganz ernsthaft hinzu: Mich freut weder das Denunziantentum einiger hier noch die Arroganz einiger dort. Uns liegt bei allem daran, dass wir mit unseren Nachbarn und Freunden in Norddeutschland so eng wie möglich kooperieren - vor und nach der Krise.

Ich freue mich aber, dass viele unserer Hinweise und Vorschläge aufgegriffen werden, so zum Beispiel bei der Erstattung der Kita-Gebühren oder der Beiträge für die Schulbetreuung an die Eltern, die durch ihren Einsatz erheblich dazu beitragen, die Krise zu meistern.

(Christopher Vogt [FDP]: Ach, Sie waren das!)

- Herr Kollege Vogt, das Gleiche gilt insbesondere für das Programm für Betriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern, die nicht zum großen Verlierer der Krise werden durften. Bei all dem bin ich froh, dass Lösungen möglich sind. Wir haben sie vorgeschlagen.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Ich bedanke mich beim Ministerpräsident stellvertretend für die Ministerinnen und Minister, die in vielen Fällen schnell und unbürokratisch auf die vielen kleineren und größeren Hinweise der Abgeordneten meiner Fraktion reagiert haben.

(Beifall SPD)

Stolz bin ich im Übrigen auf meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion, die - überwiegend vom Homeoffice aus - unermüdlich und mit ganz großem Einsatz bei Anliegen aus ihren Wahlkreisen oder in ihrem fachlichen Zuständigkeitsbereich an der Lösung praktischer Probleme ganz normaler Bürgerinnen und Bürger gearbeitet haben. Ich bin sicher, dass dies eine Gemeinsamkeit der demokratischen Fraktionen in diesem Hause ist.

Herr Landtagspräsident, ich will nicht versäumen zu erwähnen: Auch die Zusammenarbeit im Ältestenrat unter den demokratischen Parteien ist im Augenblick vorbildlich, und dafür möchte ich mich bedanken.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Worauf kommt es in der nächsten Zeit an? - Eine breite Akzeptanz für die einschneidenden Maßnahmen bleibt der entscheidende Faktor. Das gilt für Familien, Ältere, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie für die Wirtschaft im Lande. Daher braucht es bei einer Reihe von Punkten schnelle, plausible und verbindliche Antworten, die auch gut erklärt und kommuniziert werden müssen. So ist es heute. Die Öffnung oder Schließung von Geschäften im Einzelhandel muss nachvollziehbar sein und sich am konkreten Ansteckungsrisiko und nicht an Quadratmeterzahlen orientieren. Ansonsten wird es nicht nur politisch, sondern auch rechtlich schwierig.

Andauernde Einschränkungen, die insbesondere Familien treffen, müssen wegen ihrer einschneidenden Folgen besonders gründlich geprüft werden. Bei Weitem nicht jede Familie in Schleswig-Holstein wohnt in einem geräumigen Einfamilienhaus mit großem Garten. Wir freuen uns, wenn zumindest bei den Tierparks unsere Anregung aufgenommen wurde. Ich weiß gar nicht, was dagegen sprechen sollte, sie mit entsprechenden Abstandsregeln zu öffnen.

(Zurufe)

Wir verstehen aber nicht, wo das Problem mit den Kinderspielplätzen liegen soll. Gerade unter freiem Himmel lassen sich die Abstandsregelungen viel besser umsetzen als drinnen.

(Tobias Koch [CDU]: Mit kleinen Kindern!)

Es müssen übrigens Eltern dabei sein, die nicht auf ihr Handy gucken, rauchen oder sich mit anderen unterhalten, sondern darauf gucken, dass es vernünftig passiert. Das tun die meisten auch.

Abstandsregelungen sind auch in unserer so gebeutelten Gastronomie möglich. Diese braucht eine baldige Perspektive.

Schulen dürfen nicht alleingelassen werden, sondern brauchen schon vor Anfang Mai genaue Handreichungen zum Umgang mit der Pandemie. Wir müssen eine Situation vermeiden, bei der ab der kommenden Woche Lehrerinnen und Lehrer vor Schülerinnen und Schülern stehen und unsicher sind, wie sie sich verhalten sollen. Es geht in vielen Bereichen nicht nur um Erlasse und juristische Regelungen, sondern um praktische Handreichungen für die Verantwortlichen vor Ort - vom Schulbus bis zur Hygiene in der Schule.

Die Öffnung von Kitas muss gründlich vorbereitet werden, auch weil wir wissen, dass ein großer Teil der Beschäftigten selbst zur Risikogruppe gehört. Die Ausweitung der Notfallbetreuung ist begrüßenswert. Sie kann aber im Interesse der betroffenen Familien nur ein allererster Schritt sein.

Was die Studierenden betrifft, deren Minijob wegfällt, müssen noch praktischere Hilfen als zinslose Kredite erfolgen können. Arbeitsschutz wird in vielen anderen Bereichen eine entscheidende Frage sein: Wie können Beschäftigte in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, im ÖPNV, Beschäftigte mit viel Kundenverkehr oder an Stellen mit viel Kundenkontakt noch besser geschützt werden? - Das ist die Verantwortung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie des Staates, gerade auch, was das Zur-Verfügung-Stellen von Schutzkleidung und die organisatorischen Regelungen für notwendige Abstandsregeln betrifft. Ganz besonders gilt das für alle, die hochwertige Schutzmasken im Gesundheitsbereich und anderswo dringend benötigen.

Beim einfachen Mund- und Nasenschutz ist es leichter. Aber auch hier müssen genügend Masken vorhanden sein, wenn wir wollen, dass diese im ÖPNV und Einzelhandel flächendeckend getragen werden.

Die Gefahr durch Corona darf nicht dazu führen, dass wir die Gefahr durch Isolation und Einsamkeit aus den Augen verlieren. Es gibt bedrückende Situationen in Heimen, wo ältere Menschen aus Verzweiflung an die Wände klopfen, weil sie ihre Angehörigen vermissen und darunter zu leiden haben. Das gibt es auch in Behinderteneinrichtungen.

Ja, es gibt auch viele positive Beispiele wie das der Lehrerin in Kiel, die einmal wöchentlich im Innenhof für die Bewohner des Altenheims singt. Es gibt auch andere beglückende Beispiele im Land. Wir alle aber wissen: Für ganz viele Menschen im Land sieht die Realität ganz anders aus. Die dürfen wir nicht vergessen, um die müssen wir uns kümmern, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir sehr bald Antworten für Menschen, nicht nur in Altenpflegeheimen, sondern auch in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Auch hier benötigen die Verantwortlichen vor Ort plausible und verständliche Vorgaben, damit der ohnehin herausfordernde Arbeitsalltag nicht weiter erschwert wird, Besuchsregelungen verbessert und gleichzeitig die Risiken nicht vergrößert werden. Ich weiß, wie schwierig es ist, beides in ei-

(Dr. Ralf Stegner)

nem Satz zu formulieren, und trotzdem müssen wir beides tun. Es sind Menschen, über die wir reden, es sind unsere Eltern und Großeltern, von denen wir sprechen.

Das ist nur ein kleiner Teil der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Es gilt, was immer gilt: Politik muss auf der Grundlage von Fakten entscheiden und ist gut beraten, dabei die Einschätzungen von Expertinnen und Experten zu berücksichtigen. Wohin eine Politik führt, die das komplett ignoriert, sehen wir gegenwärtig in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Am Ende aber haben auch Experten unterschiedliche Meinungen, und es ist die Politik, die Entscheidungen fällen und vertreten muss. Diese Verantwortung kann uns niemand abnehmen, und das ist auch gut so. Dafür gibt es demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Im Übrigen füge ich hinzu: Der Sinn aller Politik besteht nicht darin, dass wir als Politiker uns gut fühlen, sondern darin, dass wir auch in diesen Zeiten mit Belastungen für die einen und vorsichtigen Entlastungen für die anderen das Leben der Menschen besser machen, wo immer wir es können.

Kluge Forscherinnen und Forscher werden in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft ein medizinisches Heilmittel gegen das Virus finden. Das beste Heilmittel gegen die Folgen der Krise haben wir bereits selbst: Zusammenhalt und Solidarität sind das Gebot der Stunde. Es gilt auf allen Ebenen, politisch wie privat, in der Nachbarschaft, indem man nicht nur an sich selbst denkt, sondern Rücksicht auf andere nimmt, sich im Zweifel einmal mehr erkundigt, ob Unterstützung benötigt wird, oder einfach anpackt. Es gilt auch gesellschaftlich, indem wir nicht in Denkmuster verfallen, die auf die Isolierung eines Teils der Bevölkerung setzen. Das können wir nicht tun. Im Gegenteil: Gerade jetzt müssen wir überlegen, wie wir Menschen, die wegen ihres Alters oder ihrer besonderen Risiken besonders betroffen sind, bestmöglich unterstützen können. Es gilt auch auf europäischer Ebene, wo unsere Partner keine markigen Sprüche brauchen, sondern Hilfe und Solidarität.

Zu glauben, jeder könne für sich am besten aus der Krise herauskommen, wäre ein fataler Fehler. Nationalismus, fiskalpolitische Hartherzigkeit und Belehrungen gegenüber unseren südeuropäischen Nachbarn waren schon in der Finanzkrise falsch, und sie sind es auch heute. Das sage ich auch als

Kritik der Bundesregierung, an der wir selbst beteiligt sind.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am vergangenen Wochenende hat der Herr Bundespräsident eine bemerkenswerte Ansprache gehalten: Die Coronapandemie sei eine Prüfung für die Menschlichkeit, die das Schlechteste, aber auch das Beste in den Menschen hervorruft. Da liegt Frank-Walter Steinmeier genau richtig: Während die einen auf dringend benötigte Hilfe warten, ergaunern sich andere unberechtigte Unterstützung. Während die einen uneigennützig helfen, versuchen andere, aus der Not einen Reibach zu machen oder Desinfektionsmittel zu klauen. Zum Glück überwiegen die guten und ermutigenden Beispiele. Dafür sollten wir dankbar sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Viele reden in diesen Tagen davon, zur Normalität zurückzukehren. Das gilt auch für die einschneidenden Eingriffe in Bürgerrechte durch exekutives Handeln. Hier muss das Parlament baldmöglichst mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit die Notwendigkeit dieser Maßnahmen überprüfen. Ich muss übrigens sagen: Da muss auch wieder Zeit für ordentliche Ausschussberatungen sein, und Fragen und Nachfragen müssen mit vernünftigem zeitlichen Aufwand beantwortet werden.

Ich bin mir sicher, dass die Zeit nach der Krise mehr bieten muss als eine Rückkehr zur bisherigen Normalität. Wie unter einem Brennglas zeigt die Coronapandemie, dass bestimmte Denkmuster in unserer Gesellschaft nicht zukunftsfähig sind. Es ist für kaum jemanden ein Problem, wenn das iPhone-Ladekabel in China produziert wird, denn darauf kann man im Zweifel verzichten. Es wird aber für viele zu einem Problem, wenn Schutzmasken quasi ausschließlich in China produziert werden und in der Krise auf Effizienz getrimmte Lieferketten kollabieren. Darauf kann im Zweifel niemand verzichten. Medikamente kosten weniger, wenn sie in Niedriglohnländern produziert werden, aber es ist falsch.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Pandemie zeigt uns, dass es am Ende mehr braucht als einen Schönwetterstaat, in dem die Dinge funktionieren, solange die Sonne scheint. Ein starkes und öffentliches Gesundheitssystem ist kein Nice-to-have, sondern rettet im Zweifelsfall Leben.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD und Christopher Vogt [FDP])

Ich hoffe sehr, dass so manche Debatte über Privatisierung und Ökonomisierung nach den Erfahrungen, die wir gerade machen, der Vergangenheit angehören wird. Die gleiche Leopoldina-Akademie, die jetzt bedenkenswerte Vorschläge gemacht hat, hat noch vor Kurzem die Schließung vieler unrentabler Krankenhäuser empfohlen, was zum Glück nicht umgesetzt wurde.

(Stephan Holowaty [FDP]: Der NHS!)

Ich wünsche mir auch, dass wir den Begriff „systemrelevant“ neu definieren. Zu oft wurden Banken damit gemeint, fast nie jedoch die Kassiererin im Supermarkt um die Ecke, der Pfleger im Krankenhaus, die Angestellte im ambulanten Dienst, der Lkw-Fahrer oder die Reinigungskraft, die nach dem Feierabend der meist besser bezahlten Kollegen die Türklinken im Büro desinfiziert. Ich hoffe sehr, dass sich ein Umdenken nicht nur in der Wertschätzung für diese Berufe niederschlagen wird. Lob, Applaus und Einmalzahlungen sind okay. Notwendig sind aber bessere Entlohnung und strukturell verbesserte Arbeitsbedingungen. Verdient sind die schon lang.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir alle bekommen in diesen Tagen Zuschriften von Menschen, die den Sinn der Einschränkungen bezweifeln, die fragen, ob in Anbetracht der vergleichsweise geringen Zahl der Opfer in Deutschland die Maßnahmen verhältnismäßig seien, die Klagen anstrengen gegen das, was wir tun. Das stellt uns vor ein Problem, denn wir wissen nicht mit Sicherheit, wie die Situation wäre, wenn wir nicht so gehandelt hätten.

Wir werden den Vorwurf darum nie ganz entkräften können. Wir können aber mit diesem Vorwurf sehr viel besser leben, als wenn wir in Kiel, Lübeck oder Flensburg Zustände gehabt hätten wie in Bergamo, Barcelona, Straßburg oder dieser Tage in New York. Meine sehr verehrten Damen und Herren, daran sollten wir uns immer erinnern, wenn wir das gemeinsam tun, was getan werden muss. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn die heutige Landtagsitzung unter noch außergewöhnlicheren Umständen stattfindet als die letzte Sitzung im März, will ich doch zuallererst sagen: Es ist schön, wieder hier zu sein. Es ist eine Freude, Sie alle, die Kolleginnen und Kollegen, wieder persönlich zu sehen und sich im direkten Gespräch - wenn auch mit Mundschutz und entsprechendem Abstand - untereinander austauschen zu können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde: Die unzähligen Telefon- und Videokonferenzen der letzten fünf Wochen sind wirklich kein Ersatz für dieses menschliche Miteinander. Man mag es kaum glauben: Sie und ihr alle habt mir in den letzten Wochen wirklich gefehlt.

(Zuruf SPD: Oh!)

- Ich hoffe, das gilt auch umgekehrt.

(Zurufe und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Deutschland hat diese Krise bislang besser gemeistert als die meisten anderen Länder in Europa. Wir haben in Deutschland weniger Tote als Belgien mit seinen gerade einmal 11 Millionen Einwohnern, und wir haben trotz der größeren Bevölkerungszahl in Deutschland weniger Infizierte als in Frankreich. Die Todesrate fällt bei uns sogar um 80 % niedriger aus.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig weiter fortsetzen. Von Italien oder Spanien möchte ich an der Stelle gar nicht reden. Zu Recht findet die geringe Mortalitätsrate in Deutschland weltweite Beachtung. Das ist zu allererst ein Verdienst derjenigen Menschen, die sich in den letzten Wochen in vorbildlicher Art und Weise an die Regeln gehalten haben. Dafür möchte auch ich gleich zu Beginn meiner Rede Danke sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ganz offensichtlich sind bei uns in Deutschland aber auch die richtigen politischen Entscheidungen getroffen worden. Daran hat auch unsere Landespolitik in Schleswig-Holstein ihren Anteil. Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir das erste Bundesland gewesen sind, das konsequent Restaurants und Gaststätten geschlossen hatte. Auch mit dem Betretungsverbot für die Inseln und Halligen haben

(Tobias Koch)

wir schnell und konsequent gehandelt, um die medizinische Versorgung für die einheimische Bevölkerung sicherzustellen.

Dank dieser Maßnahmen haben wir Zeit gewonnen, um unser Gesundheitssystem besser auf das Risiko hoher Infektionszahlen mit vielen Intensivpatienten vorzubereiten. Das ist in den letzten Wochen richtig gut gelungen. Gestartet sind wir in Schleswig-Holstein mit 625 Intensivbetten mit Beatmungskapazität, jetzt liegen wir schon bei über 900 Betten. Das ist ein Zuwachs von rund 50 % innerhalb von nur fünf Wochen. Ich danke dafür allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krankenhäusern und im Sozialministerium, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir konnten deshalb sogar europaweite Unterstützung leisten, indem wir im Rahmen unserer freien Kapazitäten Patienten aus Frankreich bei uns in Schleswig-Holstein aufgenommen und behandelt haben. Ich halte das für ein ganz wichtiges Zeichen europäischer Solidarität in dieser weltweiten Krise.

(Beifall im ganzen Haus)

Angesichts der erzielten Erfolge und eines nunmehr fünfwöchigen weitgehenden Shutdown mit all seinen Konsequenzen und persönlichen Betroffenheiten kann ich den Wunsch und die Hoffnung vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Rückkehr zu einem normalen öffentlichen Leben gut nachvollziehen. Die Krise ist aber noch nicht vorbei, das Virus ist nicht besiegt. Es droht jederzeit eine neue Infektionswelle, wenn wir in unseren Anstrengungen nachlassen. Genau deshalb darf das nicht passieren.

Solange wir über keinen Impfstoff gegen das SARS-CoV-2-Virus verfügen, besteht nach wie vor das Risiko einer Überlastung unseres Gesundheitswesens mit der Folge vieler Todesfälle. Wie groß das Risiko für vulnerable Gruppen ist, macht die Situation in den Alten- und Pflegeheimen ganz besonders deutlich: 22 Todesfälle im Würzburger Pflegeheim St. Nikolaus unter den dort 95 Bewohnern, und sogar 41 Tote im Wolfsburger Hanns-Lilje-Pflegeheim mit 160 Bewohnern. Das Alten- und Pflegeheim in der Gemeinde Rümpel bei mir im Kreis Stormarn wird sich hoffentlich nicht in die Reihe dieser Todeszahlen einreihen.

(Beate Raudies [SPD]: Ich glaube schon!)

Die Situation ist auch hier mehr als besorgniserregend: 57 der 70 Bewohner und 21 der 58 Mitarbeiter haben sich bereits mit dem Virus infiziert. Heute mussten wir leider vom ersten Todesfall in dieser Einrichtung Kenntnis nehmen. Diese Beispiele zei-

gen, wie gefährlich das Virus für bestimmte Risikogruppen ist. Es ist unsere Aufgabe als Politik, für einen bestmöglichen Schutz dieser besonders gefährdeten Menschen zu sorgen.

(Beifall im ganzen Haus)

Aber auch bei deutlich jüngeren Patienten ohne Vorerkrankungen hat es bereits Todesfälle gegeben, sodass niemand davor sicher sein kann, nicht selbst Opfer dieser Pandemie zu werden. Bei aller Erleichterung darüber, dass wir in Deutschland nur die vergleichsweise geringe Zahl von bislang weniger als 4.000 Toten zu verzeichnen haben, dürfen wir beim Blick auf die Statistik nie vergessen, dass hinter jeder Zahl ein persönliches Schicksal steht.

Mein Mitgefühl - das kann ich sicherlich für alle Mitglieder dieses Hauses sagen - gilt allen Familienangehörigen, die durch Corona einen geliebten Menschen verloren haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Deshalb fand ich die zahlreichen politischen Äußerungen über die Ostertage - mit den unterschiedlichsten Lockerungsvorschlägen, Hochfahrplänen, angestrebten breiten Debatten darüber - entbehrlich und unangemessen, und zwar egal, welcher politischer Couleur. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es dabei weniger um die Sache als vielmehr um politische Profilierung gegangen ist, sei es aufgrund schlechter Umfragewerte für die eigene Partei oder zur persönlichen Profilierung innerhalb einer Partei. Dabei schließe ich meine eigenen Parteifreunde explizit mit ein; auch der ein oder andere Politiker aus Schleswig-Holstein hat sich ja daran beteiligt.

Eine Rollenverteilung, bei der die einen für das Bekämpfen des Virus und harte Einschnitte zuständig sind und die anderen den Menschen eine baldige Rückkehr zur Normalität versprechen und auf Lockerungen drängen, kann und wird so nicht funktionieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir brauchen in dieser Krise ein Maximum an Gemeinsamkeit und Geschlossenheit, sowohl innerhalb der Partei als auch parteiübergreifend zwischen Regierung und Opposition. Zeiten, in denen es um Menschenleben geht, sind wahrlich nicht die Momente für politisches Taktieren. Das gilt heute genauso wie zu Beginn der Krise, als wir es hier im Landtag in außerordentlicher Weise unter Beweis gestellt haben.

(Tobias Koch)

In der Sache war und ist doch auch vor diesem Mittwoch vollkommen klar gewesen, dass es nur um eine schrittweise Rückkehr zur Normalität gehen kann. Vollkommen klar war auch, dass diese Schritte sehr behutsam angegangen werden müssen, um nicht die bislang erreichten Erfolge wieder zunichte zu machen. Alles andere wäre leichtsinnig, wenn nicht sogar grob fahrlässig. Schnellten im Falle einer voreiligen oder zu weitgehenden Lockerung die Infektionszahlen wieder dynamisch drastisch nach oben, hätten wir das Vertrauen der Bevölkerung verspielt. Ein erneuter Shutdown wäre dann viel schwieriger umzusetzen und durchzuführen.

(Vereinzelter Beifall)

Eine solche Irrfahrt kann und darf sich Politik nicht erlauben. Deshalb gilt in dieser wie auch in früheren Krisen das erfolgreiche Konzept unserer Bundeskanzlerin, komplexe Probleme mit kleinen Schritten Stück für Stück zu lösen. Darauf können die Menschen in Deutschland vertrauen. Wir können froh sein, dass Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin ist und Deutschland wieder einmal sicher durch eine Krise führt.

(Beifall CDU - Zurufe - Christopher Vogt [FDP]: Das musst du Laschet sagen!)

Deshalb machen wir nun genau das, was nach diesem Konzept der richtige Weg ist, indem wir kommenden Montag mit ersten sorgfältig abgewogenen Entlastungen beginnen. Sämtliche Geschäfte dürfen eine Verkaufsfläche von bis zu 800 m² wieder nutzen. Büchereien und Archive dürfen wieder öffnen, und in Schleswig-Holstein haben wir uns dafür entschieden, auch die Tierparks und Wildparks wieder aufzumachen. Alles muss natürlich unter Einhaltung strikter Abstands- und Hygieneregeln und bei begrenzten Besucherzahlen erfolgen.

Andere Auflagen bleiben dagegen in vollem Umfang bestehen. Es gilt unverändert ein strenges Kontaktverbot. Sämtliche öffentlichen und privaten Veranstaltungen sind untersagt, Kitas und Schulen bleiben bis auf die Notbetreuung und die Durchführung und Vorbereitung von Abschlussprüfungen geschlossen. Das touristische Betretungsverbot ist weiterhin in Kraft. Restaurants, Bars, Diskotheken, Theater, Kinos, Freizeitparks, Schwimmbäder und Fitnessstudios - all diese Einrichtungen bleiben zumindest für die nächsten zwei Wochen geschlossen.

(Zurufe SPD)

Der nächste Schritt ist für den 4. Mai 2020 ins Auge gefasst, und dann können wir bei einer unverän-

dert flachen Infektionskurve weitere Öffnungsmaßnahmen folgen lassen. Der Ministerpräsident hat das sehr deutlich gemacht, und dafür haben wir in der Koalition auch schon konkrete Schritte in Aussicht gestellt, nämlich die Wiederaufnahme des Schulbetriebs für die Abschlussklassen des nächsten Schuljahres sowie für die 4. Klassen der Grundschulen, für kontaktarme Sportaktivitäten im Außenbereich sowie für Museen und Botanische Gärten. Die Wiedereröffnung von Restaurants wird hoffentlich in einem weiteren zeitnahen Schritt erfolgen können. Genauso wird es an den Schulen, bei Veranstaltungen und vielleicht auch noch in diesem Sommer in der für unser Bundesland so wichtigen Tourismusbranche peu à peu weitere Lockerungen geben.

Schritt für Schritt werden wir so zu einem normalen öffentlichen Leben zurückkehren und dabei gleichzeitig und noch über viele Monate mit dem Virus leben müssen, bis wir hoffentlich einen Impfstoff gefunden haben. Dabei dürfen wir nie aus dem Auge verlieren - deswegen wiederhole ich es -, dass unsere medizinischen Kapazitäten trotz der erhöhten Zahl von Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit nach wie vor begrenzt sind. Wir würden deshalb das Leben der Menschen nicht riskieren und unvorsichtige, übereilte oder falsche Entscheidungen treffen. Bei unserer Landesregierung liegt es in guten Händen. Darüber bin ich froh und dankbar zugleich.

Ich will mich abschließend für die Arbeit eines jeden Landtagsabgeordneten, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen bedanken und ihre Arbeit würdigen. Sie alle führen im Augenblick eine schier unglaubliche Anzahl von Telefonaten, haben E-Mail-Kontakte und so eine Vielzahl von Bürgeranfragen zu beantworten.

Jeder von uns erfüllt dabei eine ganz wichtige Kommunikationsaufgabe. Gleichzeitig fungiert jeder Abgeordnete als Seismograf und Stimmungsbarmeter und gibt mit seinen Rückmeldungen Input für das tägliche Regierungshandeln. Ihnen und euch allen an dieser Stelle meinen herzlichen Dank für diese geleistete Arbeit! Lasst uns, lassen Sie uns so weitermachen und diese Krise wie bisher erfolgreich meistern. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal tagen wir in einer sehr veränderten Form hier im Parlament. Wir halten Abstand, und wir halten zusammen. Die Menschen in Schleswig-Holstein halten sich an die Regeln und wissen, dass wir nur gemeinsam durch diese Zeit kommen können. Dafür gilt ihnen unser Dank. Ich danke auch dem Ministerpräsidenten, seiner Regierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die dafür sorgen, dass das Land durch diese schwierige Zeit gesteuert wird. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern, die dafür sorgen, dass der Laden läuft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieser Dank nicht nur eine Luftbuchung bleibt, sondern sich die Arbeitsbedingungen derer, die jetzt so wichtig sind und endlich in den Blickpunkt genommen werden - in der Pflege, im Handel, im Reinigungsbereich, im Sicherheitsbereich und so weiter -, auch dauerhaft verbessern. Vielen Dank für Ihre Worte dazu, Herr Dr. Stegner. Wir müssen es als Politik im Blick behalten, dass die Menschen nicht nur in der Krise wichtig für uns sind, sondern auf Dauer andere Arbeitsbedingungen brauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, viele Menschen engagieren sich und helfen Nachbarinnen und Nachbarn. Das macht Mut. Gleichzeitig ist diese Situation für so viele Menschen sehr belastend. Der Coronafrühling ist eben kein Sommermärchen. Menschen haben Angst. Sie haben Angst, krank zu werden; Angst, ihre wirtschaftliche Existenz zu verlieren; Angst, schulisch oder in der Ausbildung den Abschluss zu verpassen; oder sie haben Angst, mit der verordneten Einsamkeit nicht klarzukommen. Deshalb kann auch dieser wunderschöne Frühling nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in einer bedrückenden Situation leben.

Wohl dem, der jetzt ein Stück Grün besitzt. Wie schwer ist es für alle diejenigen, die in Wohnungen leben, insbesondere mit kleinen oder auch größeren

Kindern, die einfach einmal ihre Freundinnen und Freunde treffen wollen.

Deshalb haben auch wir sehr intensiv über eine Möglichkeit der Lockerung der Beschränkungen gerade für Kinder gesprochen, über die geschlossenen Kitas und die geschlossenen Spielplätze. Wir haben uns darum für eine Ausweitung der Notbetreuung in Kitas und Grundschulen ausgesprochen, nicht nur für die Eltern, die in sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten, sondern auch für Alleinerziehende, die sich die Betreuung eben nicht mit einem Partner oder einer Partnerin teilen können; auch für die Kinder, die unter Umständen vom Jugendamt in den Blick genommen werden, deren Kindeswohl gefährdet ist, für die eine Betreuung auch in der Kita wieder notwendig wird.

In den nächsten Wochen werden wir auch darüber reden müssen, ob wir noch mehr Möglichkeiten für Kinder schaffen können. Dabei kann es aber immer nur um die Betreuung in festen Gruppen gehen, so wie es jetzt die Tagespflegepersonen mit fünf Kindern je Gruppe machen.

Die Forderung zur Öffnung der Spielplätze ist auf den ersten Blick sehr attraktiv, liebe SPD, aber nur, wenn man das hohe und unkontrollierte Ansteckungsrisiko außer Acht lässt. Das gilt genauso für größere Veranstaltungen. Falls darüber gestern eine Irritation entstanden sein sollte: Wir sind uns völlig einig, dass wir nicht erst eine Tanzparty organisieren können, ehe wir wieder dafür sorgen, dass Kinder wieder vernünftig in die Kita gehen können.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns darin einig sind, dass es immer noch darum geht, besser als manche anderen Länder durch die Krise zu kommen - das sage ich völlig ohne jede Häme und Arroganz, denn ich glaube, dass die Menschen in Spanien und Italien oder in New York genauso kämpfen wie wir hier in Deutschland -, wenn wir die Vorbereitungszeit, die wir haben, nutzen wollen, dann können wir heute - wenn auch schweren Herzens - nicht über eine so enorme Lockerung wie die Öffnung öffentlich zugänglicher Spielplätze reden. Ich habe mich davon überzeugen lassen - übrigens nicht erst, nachdem ich das Interview mit Ihrem Parteikollegen Herrn Lauterbach dazu gelesen habe.

(Heiterkeit CDU)

Die Bilder, die ich gestern im Auslandsjournal aus Spanien gesehen habe, haben mich in diesem Punkt noch einmal bestärkt. Da wurden Bilder von ver-

(Eka von Kalben)

einsamen Menschen, die schon vier Wochen lang in ihrer Wohnung sind, gezeigt; von Menschen, die sich nicht von ihren sterbenden Angehörigen verabschieden konnten, die nicht wissen, wie es weitergeht. Da wurden Bilder von Pflegenden gezeigt, die am Ende ihrer Kräfte sind und erleben, wie ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen auf der Intensivstation liegen und sterben. Da gab es Bilder von einer Schlittschuhhalle in Barcelona, die als Leichenhalle dient, weil würdevolle Bestattungen nicht stattfinden können.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Zeitvorteil, wir haben ein gutes Gesundheitssystem, und wir müssen das weiter nutzen und dürfen nicht unvorsichtig in die Lockerungen gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Deshalb wird es wohl auch so sein, dass wir uns immer mehr Gedanken über ein Leben mit Corona machen müssen. Tatsächlich merken wir an dem Beispiel der Kleinen, dass auf Dauer die Strategie „Abstand wahren“ relativ schwer einzuhalten ist, obwohl das dringend nötig ist. Entweder müssen wir warten, bis genügend Menschen den Virus haben, wir also die sogenannte Durchseuchung - ein schrecklicher Begriff - haben, oder der heißersehnte Impfstoff bereitsteht. Dann können wir durchatmen, aber vermutlich mit einer permanenten Sorge vor dem nächsten Virus.

Deshalb müssen wir neben der Bewältigung der offensichtlichen Themen, also der Stärkung der Pflege - nicht nur einmalig -, der Stärkung des Gesundheitssystems, der Wiederankurbelung der Weltwirtschaft, dem Ausbau digitaler Strukturen, neben all den Themen, die wir jetzt behandeln, auch weitergehende Themen in den Blick nehmen.

Wie gehen wir mit dem Thema „Abstand halten“ um? Bedeutet körperliche Distanzierung auch menschliche Distanzierung, und was macht es mit unserer Gesellschaft, wenn wir auf Dauer aufpassen und Abstand halten müssen? Wie gehen wir mit den anderen Herausforderungen um, die nicht wegen Corona haltmachen? Werden wir es schaffen, die Wirtschaft so anzukurbeln, dass wir auch unsere ökologischen Lebensgrundlagen retten können? Wie entwickelt sich eigentlich die europäische und die internationale Solidarität, wenn Reisen und Handelsströme eingeschränkt werden oder zum Stillstand kommen? Was bedeutet das dann für uns?

Meine Damen und Herren, es gibt keine Blaupause für diese Krise. Und doch gibt es mittlerweile zahlreiche mögliche Strategien mit vielen Indikatoren,

wie wir allabendlich vom Robert-Koch-Institut in den Nachrichten oder im NDR Podcast von Professor Drosten erfahren. In der Wissenschaft werden Fragen gestellt, auf die es nicht immer einheitliche Antworten gibt: Sollen wir die Ansteckungskurve flach halten oder lieber viele Kinder und Erwachsene anstecken lassen? Hilft ein Gesichtsschutz - darüber kann Herr Garg viel erzählen -, der übrigens niemals als Atemmaske bezeichnet werden darf, oder schadet es womöglich, wenn wir uns dadurch noch häufiger ins Gesicht fassen? Ab wann ist ein Mensch eigentlich nicht mehr ansteckend, und wie sicher sind die Tests? Wer soll wann prioritär getestet werden? - Viele Frage, viele Antworten, und die Erkenntnisse ändern sich auch, je mehr wir über Corona lernen.

Klar ist auf jeden Fall: Es ist gut, dass sich die Politik so intensiv von Expertinnen und Experten beraten lässt, im Land wie im Bund. Es ist gut, dass dabei nicht nur Virologinnen und Virologen zu Wort kommen, sondern auch Menschen, die andere Perspektiven einfließen lassen. Denn natürlich wäre es fatal, wenn wir die Menschen vor einem Tod durch Corona schützen und gleichzeitig mehr Menschen an Folgen der Schutzmaßnahmen sterben: fehlende medizinische Behandlungen in anderen Bereichen, Armut und Hunger aufgrund der Krise, Depressionen bis hin zum Suizid durch Isolation. Auch wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler uns keinen verlässlichen Fahrplan geben können - wie sollten sie auch? -, so bin ich doch froh, dass wir so kluge und engagierte Menschen in der Wissenschaft haben, die der Politik jetzt zur Seite stehen. Auch das ist ein Aspekt, den wir in den kommenden Jahren nicht vergessen dürfen, wenn wir hier über die Förderung der Wissenschaft reden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat heute unseren Fahrplan vorgestellt, der meines Erachtens genau das tut, was heute nötig ist. Er folgt in den Lockerungen der Einschätzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und sieht schrittweise Lockerungen vor, die dann jeweils evaluiert werden.

Der Plan gibt vage Perspektiven für weitere Öffnungen in der Bildung, in Freizeiteinrichtungen, Restaurants und Tourismus und danach eventuell für kleinere Veranstaltungen. Der Plan richtet sich danach, die Grundrechtseingriffe so gering wie möglich zu halten, auch wenn wir wissen, dass sie schon jetzt enorm sind. Der Plan richtet sich danach, es den verschiedensten Menschen in diesem

(Eka von Kalben)

Land wieder zu ermöglichen, zu wirtschaften, zu lernen und ihre Freiheit zu genießen, und richtet sich nicht nach einzelnen Lobbygruppen. Der Plan versucht auch, so gut es geht, bundesweit in der Linie zu bleiben. Dass das nötig und gleichzeitig schwierig ist, haben wir bei der Entscheidung, Tourismus in Schleswig-Holstein einzuschränken, bei der Diskussion über die Abschlussprüfungen, bei den unterschiedlichen Wirtschaftshilfen und so weiter erlebt.

Natürlich wünschen sich die Menschen und zum Teil auch die Opposition andere Maßnahmen, längerfristige Pläne, einen Zukunftsplan mindestens bis in den Herbst. Meine Damen und Herren, dieses kann - zumindest hier auf Erden - niemand bieten. Wer das verspricht, verbreitet Fake News oder überschätzt sich.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einigen Beobachtungen enden, die mir wieder Mut machen, die mir zeigen, dass auch in einer schlimmen Krise Chancen liegen, wenn wir etwas daraus machen.

Erstens. Politik in Deutschland ist handlungsfähig, und ein großer Teil der Bevölkerung empfindet unsere Demokratie als stabil. Das sollte uns Ansporn und Verpflichtung sein. Es braucht keine autoritären Systeme, um eine Krise zu bewältigen. Selbst der Föderalismus, der zurzeit besonders unter Beschuss steht, hat nicht verhindert, dass man sich auf gemeinsame Fahrpläne mit individuellen Einzelheiten geeinigt hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Zweitens die Beobachtungen - Sie werden sich nicht wundern, dass mir das als Grüne auffällt -, welche Chancen die Natur hat, wenn die Wirtschaft runtergefahren wird.

(Martin Habersaat [SPD]: Delfine in Eckernförde!)

- Delfine in Eckernförde, Bienen in meinem Garten.

(Lars Harms [SSW]: Die waren doch vorher schon in deinem Garten! - Heiterkeit)

- Aber jetzt kann ich sie beobachten, vorher war ich immer in Kiel.

Dazu zählt auch, wie die Menschen auf einmal feststellen, dass Verzicht auf Alltagsgegenstände wie Hefe und Klopapier mehr Witze als Verzweiflung auslöst; dass ein Spaziergang im Himmelmoor spannender sein kann als das jährliche Mallorca-Ressort.

(Annabell Krämer [FDP]: Da kommst du im Moment doch gar nicht hin!)

- Zu Fuß ja. Du fährst doch nicht von dir zu Hause mit dem Auto ins Himmelmoor.

(Heiterkeit und Zurufe)

Drittens erleben wir die Kreativität in diesem Land und wie viel durch den Mangel angespornt wird, insbesondere in unserer Wirtschaft, die auf die Produktion von Gesundheitsprodukten umgestellt hat, die Lieferservice anbietet und digital ihre Angebote ausweitet. Wenn wir es schaffen, diese Kreativität zu nutzen, dass wir nachhaltiger wirtschaften und konsumieren, dann könnte die Coronakrise zum Beispiel auch bei der Bewältigung der Klimakrise helfen.

Viertens. Die Menschen digitalisieren sich in unfassbarer Geschwindigkeit. Das gilt zum Beispiel in meinem politischen Alltag, wo sich auf einmal Menschen an Diskussionen beteiligen, denen sonst die Teilnahme an Veranstaltungen nicht möglich ist. Das gilt für die Schule, wo alle von einem Tag auf den anderen mehr oder weniger ins kalte Wasser springen müssen - mit den großen Schwierigkeiten gerade für die Kinder, die weder eine gute Ausstattung zu Hause haben noch Unterstützung von ihren Eltern bekommen können. Das ist etwas, was mir wirklich Sorgen macht, wenn ich an die Chancen dieser Kinder denke.

Ein großes Lob an alle Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler, die trotz der schwierigen Lage alles geben. Auch ein Dank an das Ministerium, das in kürzester Zeit das gesamte Schulwesen verändern und die jeweiligen Coroneinschränkungen anpassen muss. Das muss auch noch möglichst in Abstimmung mit den anderen Ländern passieren, die ihre Meinung möglicherweise wieder ändern, wie man an der Debatte um die Abschlussprüfungen sieht. - Danke an Sie, Frau Prien, und Ihr Team!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Aber gerade bei der digitalisierten Euphorie dürfen wir Risiken und Nebenwirkungen nicht aus dem Blick lassen. Auch wenn ich über manche Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, die die digitale Demokratie so vehement ablehnen, etwas enttäuscht bin, so weiß ich doch, dass Digitalisierung unser physisches Zusammenkommen wie heute nicht komplett ersetzen darf.

(Beifall Kay Richert [FDP] und Lars Harms [SSW] - Zurufe)

(Eka von Kalben)

- Die Kritik haben die Herren mitbekommen.

Neben der Stärkung der Demokratie, der Erholung der Natur und der Ausbildung von Kreativität sowie dem Vormarsch der Digitalisierung möchte ich abschließend den Punkt ansprechen, der mir am meisten Hoffnung für die Zukunft macht. Das ist die Solidarität der Menschen, die Nachbarschaftshilfe, der Einsatz vieler, die sich unter eigener Gefahr um erkrankte Menschen kümmern. Wir haben so viele Heldinnen und Helden in Schleswig-Holstein, so viele Menschen, die einfach einmal an andere denken, dass ich keine Sorge habe, dass wir auch diese Herausforderung in Schleswig-Holstein bestehen werden. Bleiben Sie und Ihre Lieben gesund! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir heute diese Parlamentssitzung durchführen. Ich bin aber nicht ganz so sicher, ob ich mich genauso auf alle Beteiligten gefreut habe wie der Kollege Koch.

(Peer Knöfler [CDU]: Hallo! - Weitere Zurufe und Heiterkeit)

- Das war ja fast ein Gefühlsausbruch.

(Heiterkeit)

- Beruhigen Sie sich! - Ich finde es richtig, dass wir an diesem Tag öffentlich darüber debattieren, wie es in den nächsten Wochen und Monaten im Land weitergehen kann und welche Auswirkungen das auf alle Menschen, die in unserem Land leben, hat.

Unsere liberale Demokratie ist auch in einer solchen Jahrhundertkrise keine Schwäche der Gesellschaft, sondern ein großes Glück. Ich sehe das auch so, Frau von Kalben: Das gilt auch für den Föderalismus. Deshalb ist es heute auch ein gutes Signal an alle Menschen in unserem Land, dass wir uns hier im Parlament darüber austauschen, was richtig ist und was im Zweifel nicht richtig ist. Ich glaube, das ist in einer Demokratie sehr wichtig.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. Die Landesregierung macht in dieser tiefgreifenden Krise einen wirklich guten Job. Respekt und Anerkennung, lieber Daniel Günther, für die Arbeit des gesamten Teams. Seit Wochen müssen sehr viele und weitreichende Entscheidungen in kürzester Zeit getroffen und kommuniziert werden. Das ist wahrlich kein Spaziergang. Deshalb gilt mein Dank auch insbesondere - gestatten Sie es mir, auch wenn das mein Parteichef ist - dem Gesundheitsminister, lieber Heiner Garg, natürlich auch Matthias Badenhop als Staatssekretär und dem gesamten Team, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

Ich möchte an der Stelle natürlich auch die nachgeordneten Behörden einschließen, zum Beispiel auch die Investitionsbank, wo viele Überstunden geleistet werden, damit die Menschen schnellstmöglich die Hilfe bekommen, die sie dringend brauchen. Mein Dank geht natürlich auch an alle Landtagsabgeordnete, an die Kolleginnen und Kollegen. Das ist kein Normalzustand, in dem wir gerade arbeiten. Das verlangt vielen sehr viel ab. Herr Dr. Stegner und Lars Harms, das sage ich gerade mit Blick auf die Opposition. Es ist wichtig, dass wir uns miteinander austauschen.

Ich danke auch den Menschen in der kritischen Infrastruktur - das ist besonders wichtig -, die in dieser Situation einen sehr guten Job machen, und auch den vielen Menschen, die trotz der Einschränkungen im Ehrenamt weiter aktiv sind; sie sind ganz wichtig für das Funktionieren dieser Gesellschaft. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die bisherigen Maßnahmen in Schleswig-Holstein waren drastisch. Aber sie waren eben auch erfolgreich. Katastrophale Zustände, wie wir sie zum Teil in anderen Teilen Europas, aber auch in den USA, beobachten konnten, konnten hier bisher vermieden werden. Das war vor einigen Wochen alles andere als selbstverständlich - mit dem Blick auf einige Gebiete in Deutschland, wo sehr viele Fälle in kürzester Zeit aufgetreten waren, noch viel mehr.

Das liegt an dem entschlossenen Krisenmanagement, aber vor allem auch an der großen Disziplin der Bürgerinnen und Bürger, die die kurzfristig beschlossenen Maßnahmen nachvollziehen konnten, sie akzeptiert und sehr flexibel darauf reagiert ha-

(Christopher Vogt)

ben. Sie haben sich in ihrem täglichen Leben umgestellt.

Man ist ja manchmal erstaunt, dass markige Auftritte auch einiges vergessen lassen. Ich möchte das gar nicht gegeneinander aufrechnen. Aber wir waren in Schleswig-Holstein, im Tourismusland, auch sehr schnell mit Einschränkungen und dann auch mit kompletten Schließungen in der Gastronomie dabei - das ist ein sehr schmerzhafter Eingriff in Schleswig-Holstein gewesen -, während in anderen Bundesländern - ich will da gar keins namentlich nennen -

(Zuruf SPD: Bayern! - Beate Raudies [SPD]:
Die Biergärten!)

- noch die Biergärten offen waren. Ich muss ganz ehrlich sagen, man sollte sich manchmal mit markigen Sprüchen eher zurückhalten.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Mir war klar, dass das auf der einen Seite des Hauses besser ankommt als auf der anderen. Aber das musste mal sein.

Wir lernen beim Umgang mit diesem tückischen Virus jeden Tag dazu, aber es gibt noch viele, zu viele, Ungewissheiten, die das Management in dieser Krise erheblich erschweren. Vor allem wissen wir nicht, wann es einen Impfstoff geben wird. Auch dazu gibt es verschiedenste Vorhersagen. Ich glaube, ehrlich gesagt, dazu kann man keine Vorhersage machen. Das ist weltweit ein enormer Forschungsaufwand. Ich hoffe, dass das schnellstmöglich gelingen wird. Auch was die Übertragung des Virus zwischen Mensch und Mensch angeht, was die Immunität angeht bei denjenigen, die COVID-19 bereits hatten, gibt es verschiedene Aussagen.

Es wird viel über die sogenannte Heinsberg-Studie diskutiert, darüber, ob das in einem besonders betroffenen Gebiet alles so sinnvoll und nachvollziehbar sei. Grundsätzlich finde ich es richtig, dass man auch Studien in der Fläche durchführt. Ich glaube, man muss in verschiedensten Regionen in Deutschland Studien durchführen, um mehr über dieses Virus zu lernen.

Meine Damen und Herren, wir werden deshalb beim Management mit diesem Virus ein Stück weit auf Sicht fahren und uns immer wieder in der Strategie anpassen müssen. Wir werden unsere Lebensweise nicht nur für einige Wochen, sondern mindestens über Monate stark verändern müssen.

Ich halte auch wenig davon, jetzt von einer neuen Normalität zu sprechen. Denn an nichts, was wir derzeit erleben, wollen wir uns gewöhnen. Das Ziel muss immer sein, zur eigentlichen Normalität zurückzukehren. Es gibt nur ganz, ganz wenige positive Begleiterscheinungen, aber das meiste ist doch negativ. Deshalb müssen wir daran arbeiten, dass wir schnellstmöglich zum Normalzustand zurückkommen können, aber mit verantwortlichen Maßnahmen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Man darf sich nichts vormachen: Die Wiedereröffnung des öffentlichen Lebens wird schwieriger werden als der Knock-down am Anfang der Krise. Die Akzeptanz des weiteren Krisenmanagements wird mit Sicherheit in erster Linie davon abhängen, ob die Menschen die einzelnen Maßnahmen nachvollziehen können. Dafür braucht es klare Kriterien und entsprechende Perspektiven für die Menschen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das Orientieren an der Reproduktionszahl, also an der Ansteckungsrate, dass man sagt, Ziel ist, unter 1,0 zu bleiben, ergibt Sinn. Man darf die Erfolge jetzt nicht kaputt machen, muss Schritt für Schritt verantwortbar handeln. Die Weiterentwicklung der Maßnahmenpakete muss verantwortbar, verhältnismäßig, logisch sein und klar kommuniziert werden. Das ist natürlich schwierig. Wir sehen, dass allein die Kommunikation eine große Herausforderung ist, wie wir heute auch an einigen Überschriften in den Zeitungen erkennen konnten. Dort wurde in der Tat nicht das wiedergegeben, was aus meiner Sicht der Kern der gestrigen Beschlüsse war, sondern da wurde schlichtweg ein falscher Eindruck erzeugt. Ich glaube, dafür haben alle Verantwortung, auch die Medien.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Wir merken, es gibt eine gesellschaftliche Debatte. Das ist wichtig und notwendig. Es gibt jetzt aber auch viele Menschen, die sagen: Uns geht alles viel zu langsam, was ihr da macht! Es gibt auch viele Menschen, die sagen: Ich verstehe gar nicht, dass ihr jetzt schon wieder Maßnahmen zurücknehmt! - Das ist natürlich an der Stelle eine gesellschaftliche Polarisierung, mit der man sehr vorsichtig umgehen muss.

Wir müssen in Schleswig-Holstein, wie überall, auf die Experten hören.

Wir merken an einem solchen Fall, bei einem Virus, das kaum erforscht ist, dass die Einschätzungen der Experten auseinandergehen. Auch die Experten

(Christopher Vogt)

passen ihre Meinungen an, lernen immer weiter dazu. Deshalb müssen wir den Austausch mit der Wissenschaft führen, und zwar auf allen Ebenen, wo das möglich und sinnvoll ist, aber entscheiden müssen natürlich wir als Verantwortliche in der Politik. Das wird so bleiben, und das muss man auch immer wieder deutlich machen: Wir tun das immer nach dem Kenntnisstand, den wir aktuell haben.

Meine Damen und Herren, es muss meines Erachtens um die Reduzierung von Kontakten gehen und weniger um das Thema, die Bewegungsfreiheit einzuschränken. Abstand halten und auf Hygiene achten ist extrem wichtig. Wir brauchen noch mehr Tests, möglichst zielgerichtet, mehr Kapazitäten in den Gesundheitsämtern und Krankenhäusern und vor allem ausreichend Schutzbekleidung für das Personal in Medizin und Pflege.

Die Sinnhaftigkeit des Maskentragens - also Mund-Nasen-Schutz, Heiner Garg; ich sehe den Blick schon -, wird in der Öffentlichkeit auch unter Experten teilweise kontrovers diskutiert. Wenn ein Mund-Nasen-Schutz verfügbar ist, wenn es das Gegenüber zumindest ein bisschen stärker schützt, dann ist das etwas, was wir machen sollten, wo es möglich ist. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In unserem Staat bedarf die Aufrechterhaltung von Grundrechtseingriffen stets der Rechtfertigung und nicht deren Aufhebung. Als Liberaler kann uns jeder abnehmen, dass für uns die Einschränkung der Freiheitsrechte natürlich ein großes Thema und auch extrem schmerzhaft ist. Deshalb werden wir auch nur das tun, was wir für notwendig halten.

(Beifall FDP)

Wir können uns mit Blick auf die verfügbaren Kapazitäten und die Entwicklung der Reproduktions- und Ansteckungsrate auf aktuell 0,7 zum Glück erlauben, das öffentliche Leben in Deutschland behutsam Schritt für Schritt wieder zu öffnen. Dabei kann es natürlich Rückschläge geben. Deshalb ist auch die zunehmende öffentliche Diskussion über das Pro und Kontra von Maßnahmen richtig und notwendig. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger steht im Vordergrund. Wir müssen natürlich Zustände wie in anderen Ländern verhindern. Wir befinden uns da auch schon auf einem guten Weg, wir sind allerdings noch lange nicht über den Berg.

Herr Stegner hat das Thema Gesundheitssystem angesprochen. Bei allen Problemen, die wir haben,

auch bei allem Reformbedarf, beispielsweise bei der Krankenhausfinanzierung, bei der Bezahlung von Pflegekräften und so weiter, müssen wir an der Stelle doch auch feststellen: Wir haben ein Gesundheitssystem, um das uns die allermeisten Menschen in dieser Welt beneiden - bei allem Reformbedarf, den es gibt. Ich kenne Großbritannien ganz gut. Wenn man sich das Gesundheitssystem da anschaut, stellt man fest, das ist kein Modell, an dem ich mich orientieren möchte. Das ist in Teilen wirklich katastrophal für ein so starkes Industrieland.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern bleibt tatsächlich das Wichtigste, vor allem ältere und vorerkrankte Menschen zu schützen. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Das Thema Heime und auch der Fall in Rümpel wurden schon angesprochen.

Wir müssen aber auch die wirtschaftliche Existenz der Menschen nach Möglichkeit schützen. Gesundheit und Wirtschaft sind ja keine kompletten Gegensätze - wie manchmal so getan wird -, sondern bedingen einander. Wir wollen unbedingt, dass Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft keinen nachhaltigen Schaden nehmen. Wir müssen auch - darüber herrscht auch große Einigkeit - die Spaltung der Gesellschaft verhindern.

Schon jetzt ist klar, und das wird immer deutlicher, dass die Krise die Menschen sehr unterschiedlich trifft. Beispiele wurden schon genannt. Die Kurzarbeit ist ein extrem gutes und wichtiges Instrument in dieser Krise. Aber wir haben schon in der letzten großen Krise gesehen, in der Finanzkrise, dass das in Deutschland unheimlich viel Stabilität gebracht hat. Jetzt wird das in einem noch viel größeren Maßstab ausgeweitet.

Wir sehen aber trotzdem, dass viele Menschen finanzielle Einbußen haben. Bei vielen Familien ist es eng. Wir haben auch viele Menschen, die einsam sind, gerade ältere Menschen. Das ist ein riesenproblem. Wir haben viele Kinder. Kinder brauchen Kinder, gerade Einzelkinder. Wenn die über Wochen allein zu Hause bleiben, ist das ein riesenproblem für die Familien.

Wir haben natürlich Unternehmen wie Dräger, auf die wir stolz sein können, auf die Medizintechnik in Schleswig-Holstein insgesamt. Als jemand, der im Lübecker Raum lebt, kenne ich viele Menschen, die bei Dräger arbeiten. Die haben jetzt sehr viel zu tun. Andere sorgen sich, ob sie in einigen Monaten überhaupt wieder in ihre Firma zurückkehren kön-

(Christopher Vogt)

nen. Insofern müssen wir sehen, dass die Bevölkerung und die Gesellschaft zusammenbleiben.

Wir müssen uns auch darum kümmern, dass Europa wieder enger zusammenrückt und nicht auseinanderfällt. Die Bundesgrenze zu Dänemark sollte deshalb nicht länger Beschränkungen unterliegen als dringend erforderlich.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gilt für alle innereuropäischen Grenzen. Solange wir medizinische Kapazitäten auch hier bei uns in Schleswig-Holstein frei haben, sollten wir damit unseren europäischen Mitbürgern helfen. Das machen wir schon. Menschen aus Frankreich und Spanien sind in Kiel im UKSH. Das ist ein wichtiges Signal und eine wichtige Maßnahme.

Es wurde schon über das Thema Eurobonds gesprochen. Ich bin kein Freund davon. Aber ich glaube, Europa muss zusammenstehen und sich gegenseitig helfen. Über die Mittel kann man streiten.

Wir müssen auch zusammenstehen, wenn ich Fake News beispielsweise aus Russland oder China - ausgerechnet! - sehe, die die Bevölkerung verunsichern. Wir müssen uns als Europäer und Demokraten dagegen wehren und das gemeinsam machen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zu der Bund-Länder-Einigung: Die meisten Regelungen - das wurde schon gesagt - sind richtig. Wir haben das gestern für das Land entsprechend angepasst und weiterentwickelt. Die Öffnung des Einzelhandels ist für die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen von elementarer Bedeutung. Bestimmte Auflagen sind dabei natürlich notwendig. Nach meiner Wahrnehmung ist das aber auch kein großes Problem. Die Menschen haben sich bereits darauf eingestellt. Das sieht man an den Supermärkten und Baumärkten, die ja offen haben.

Die Begrenzung auf 800 m² wurde vielfach diskutiert. Ich sage ganz ehrlich: Mir leuchtet sie nach wie vor nicht ein.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beifall Jörg Nobis [AfD])

Das geht vielen anderen Menschen auch so. Ich verstehe zwar das ernst zu nehmende Argument, dass man Menschaufläufe damit unterbinden will. Ich glaube allerdings, das wirkt sich bei einer Flächenbegrenzung eher kontraproduktiv aus. Ich lasse mich da gern eines Besseren belehren. Wir

tragen das als politischen Kompromiss natürlich dennoch mit.

(Beifall FDP)

Ich bin aber auch sehr froh und dankbar, dass wir hier in Schleswig-Holstein auch die Läden in Shoppingcentern mit einer Verkaufsfläche von bis zu 800 m² öffnen werden. Ich glaube, es wäre schwer zu erklären, warum das nicht möglich sein soll. Davon haben wir einige. Dass größere Läden auf dieser Fläche in dieser Größenordnung ebenfalls wieder öffnen dürfen, ist in vielen Ländern ein Diskussionsfall. In Nordrhein-Westfalen klagt gerade ein großes Kaufhaus gegen die Regelung. Ich fürchte, das wird vor Gericht schwierig zu begründen sein. Aber das werden wir dann sehen. Auf jeden Fall sind auch diese Maßnahmen, die wir in Schleswig-Holstein sozusagen on top getroffen haben, wichtig für viele Arbeitsplätze und viele Menschen.

Ich bin auch dafür, über vorübergehende Sonntagsöffnungen zu diskutieren, denn das wäre ein Instrument der Entzerrung. Ich weiß, ver.di hat sich dazu schon geäußert; da gibt es viele Bedenken. Ich glaube aber, darüber muss man sprechen. Ich will da nicht etwas nach dem Motto reinbringen - das ist ja momentan beliebt -: Wir finden das eh gut, jetzt nutzen wir mal die Krise, um das durchzubringen! Aber als vorübergehende Regelung ist das etwas, über das man diskutieren kann, und das sollten wir auch miteinander tun.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, beim Tourismus, von dem bei uns sehr viele Menschen leben, wollen wir schrittweise wieder öffnen. Der Beginn muss bei der Nutzung von Zweitwohnungen gemacht werden. Dann müssen die Ferienwohnungen folgen und dann die Hotels, die momentan nur sehr, sehr eingeschränkt - wenn überhaupt - geöffnet sind. Wir brauchen auch eine Perspektive für die Gastronomie. Viele Betriebe können ihre Kosten durch den Außerhausverkauf einigermaßen decken. Aber das ist natürlich nur ein kleiner Trost. Hier muss weiter über sinnvolle Auflagen gesprochen werden, um dies in einem der nächsten Schritte zu ermöglichen, wenn die Virusausbreitung das erlaubt.

Sehr wichtig ist es uns auch, klare Signale zu setzen, um die Metropolregion mit Hamburg wieder mit Leben zu erfüllen. Über das touristische Betretungsverbot wurde in den letzten Wochen viel gesprochen. Es dient dazu, vorübergehend Menschenansammlungen an den touristischen Hotspots zu vermeiden. Der kleine Grenzverkehr, wie er manchmal genannt wird, mit der Metropolregion muss

(Christopher Vogt)

möglich sein. Bei Joggern und Spaziergängern an der Landesgrenze kann man schon darüber streiten, ob es Touristen sind; auf jeden Fall sehe ich kein Problem darin, wenn die allein durch den Wald laufen. Das ist auch auf unserem Landesgebiet kein Problem.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zweitwohnungsnutzung auf dem Festland ist aber auch ein kommunales Thema. Das wird manchmal übersehen, Herr Stegner. Das ist in einigen Hamburger Medien passiert, aber auch bei der Opposition, wie ich heute festgestellt habe. Ich sehe spätestens jetzt keine Notwendigkeit und Begründung mehr dafür, die Nutzung von Zweitwohnungen zu verbieten. Deshalb muss dies auch zügig ein Ende haben.

Das betrifft übrigens nicht die Kreise im Hamburger Umland, die darauf verzichtet haben. Schleswig-Holstein ist im Übrigen auch davon betroffen, auch wenn das in Hamburg nicht so gesehen wird. Es geht nicht nur um Menschen aus anderen Bundesländern. Ich bin guter Hoffnung, dass wir mit den Hamburgern schon sehr bald gemeinsam nach vorn gehen werden.

Zur Zusammenarbeit mit Hamburg - das will ich an der Stelle auch einmal sagen - ist hier manchmal ein falscher Eindruck entstanden. Sie funktioniert in vielen Bereichen extrem gut. Das ist auch extrem wichtig, insbesondere im Gesundheitsbereich, gerade wenn man auf das UKE oder andere Einrichtungen schaut.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Frage der Zweitwohnungen auf den Inseln und Halligen, deren Nutzung das Land untersagt hat, muss ein Stück weit anders betrachtet werden, weil dort die Situation der medizinischen Versorgung anders ist. Wenn die Sylter, wie heute zu lesen war, die Öffnung der Insel fordern, muss man auch darüber natürlich zeitnah sprechen.

Zur Frage der Veranstaltungen wurde schon etwas gesagt. Über die Überschrift habe ich mich heute Morgen teilweise extrem geärgert. Denn bis zum 31. August sind Veranstaltungen mit über 1.000 Menschen untersagt. Das ist eine wichtige Ansage, damit Planungssicherheit für die Veranstalter gegeben ist. Und in den nächsten zwei Wochen werden alle Veranstaltungen weiter untersagt bleiben. Das muss man noch einmal betonen, weil das teilweise

nicht angekommen ist. In diesem Zeitraum wird die Landesregierung mit Veranstaltern sprechen.

Viele Menschen fragen, was aus ihren privaten Veranstaltungen wird, aus geplanten Familienfeiern. In den nächsten Wochen muss in Ruhe miteinander besprochen werden, was möglich und verantwortbar ist. Was heute in den Medien teilweise gemeldet wurde, hat mich persönlich sehr verärgert, weil das viele Menschen extrem verunsichert.

Meine Damen und Herren, ab Anfang Mai werden wir voraussichtlich wieder kontaktarme Sportarten im Außenbereich ermöglichen können. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Immunsystems. Wir müssen besonders an Familien mit Kindern denken. Bestimmte Kultur- und Freizeitangebote werden wieder öffnen.

Das Wichtigste ist in der Tat die Ausweitung der Notbetreuung in den Kitas. Das ist eine große Erleichterung für viele Familien und auch Unternehmen, die ihre Mitarbeiter brauchen.

Bei den Schulen steht zu Recht im Vordergrund, dass die Prüfungen unter fairen Bedingungen stattfinden können. Das ist für viele Schülerinnen, Schüler und ihre Familien ein großes Thema. Die schrittweise Öffnung der Schulen wird durch die Kultusminister weiter vorbereitet werden, und das muss sehr gut vorbereitet werden.

Wichtig ist uns dabei die flächendeckende Ausweitung der digitalen Lernangebote. In dieses Thema ist richtig Druck reingekommen. Da brauchen wir Chancengleichheit. Das betrifft nicht nur die Geräte, sondern auch die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, damit das vernünftig gehandhabt wird.

Wir brauchen insgesamt eine gute Vorbereitung durch die Kultusministerkonferenz. Das ist keine leichte Aufgabe. Die Gewährleistung des Lehrbetriebs an den Hochschulen wird mit Sicherheit etwas einfacher zu organisieren sein als an den Schulen. Auch hier brauchen wir viel Flexibilität und eine Stärkung der Digitalisierung.

Das gilt auch für die öffentliche Verwaltung. Wir brauchen insgesamt deutlich mehr Investitionen in Digitalisierung. Die Breitbandanschlussquote ist in Schleswig-Holstein bekanntermaßen deutlich besser als anderswo, trotzdem gibt es weiße Flecken. Es hilft vielen Menschen, ihr Homeoffice zu organisieren, viele Menschen haben diese Möglichkeit allerdings auch in Schleswig-Holstein nicht; deshalb müssen wir dringend daran arbeiten.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch ein paar Punkte ansprechen. Zum Thema Fi-

(Christopher Vogt)

nanzen: Viele Bundesländer sind mit enormen Finanzpaketen voranmarschiert. Auch wir werden den Nachtragshaushalt noch einmal anpacken und den Finanzrahmen Anfang Mai auf 1 Milliarde € erweitern. Ich habe teilweise das Gefühl gehabt, dass es einen Wettbewerb der Länder gibt, wer am meisten Geld ausgibt. Wir geizen in der Krise nicht, sondern machen das sehr verantwortungsbewusst. Es ist entscheidend, dass wir handlungsfähig sind und denjenigen, die Hilfe brauchen, Hilfe zukommen lassen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der mir wichtig ist. Wir haben 50 Millionen € zur Verfügung gestellt, um zumindest für zwei Monate alle Eltern von Kitagebühren zu entlasten, auch weil viele in Kurzarbeit sind, es finanzielle Probleme gibt und Kitas nicht genutzt werden konnten. Ich habe gehört, dass von vielen Kommunen ein Schreiben nach dem Motto kam: Dann und dann müsst ihr keinen Beitrag zahlen beziehungsweise bekommt das zurückerstattet. Ich habe auch von einigen Kommunen gehört, in denen es noch nicht so gut läuft. Wir werden darauf achten, dass das Geld tatsächlich bei den Menschen, bei den Familien ankommt.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, die bundesweite Abstimmung ist in der Tat sehr wichtig, aber - wie gesagt - auch der Föderalismus hat sehr viele Vorteile. Das sollte man an dieser Stelle betonen. Die Maßnahmen müssen alle verhältnismäßig sein. Dabei muss man natürlich unterschiedliche Strukturen und Herausforderungen in den einzelnen Bundesländern berücksichtigen.

Wir werden uns in den nächsten zwei Wochen das Thema Religionsausübung genau anschauen müssen und auch die Frage, wie Demonstrationen ermöglicht werden. Die Kirche ist in Norddeutschland vergleichsweise entspannt. Das finde ich gut, wir sind da im Dialog. Allerdings freut mich als kritisches Mitglied der evangelischen Kirche sehr, wie viele Kirchengemeinden die Digitalisierung nutzen, um nah an den Menschen zu sein. Die digitalen Angebote werden teilweise extrem genutzt. Ich habe den Eindruck, dass viele Kirchengemeinden jetzt deutlich mehr Zuschauer haben, als sie sonst über mehrere Monate haben. Die Formate scheinen sehr erfolgreich zu sein, auch in meiner Heimatgemeinde. Das ist eine tolle Chance für die Kirchen.

(Vereinzelter Beifall)

Alle zwei Wochen setzt man sich auf Bundesebene zusammen und guckt, wo man steht, was man machen kann, was man tun muss. Wir müssen die Solidarität in der Bevölkerung erhalten, wir müssen Nerven bewahren, norddeutsche Gelassenheit üben und verantwortungsbewusst handeln. - Bleiben Sie gesund; vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Vor fast genau einem Monat, am 18. März, haben Sie an dieser Stelle Ihre letzte Regierungserklärung abgegeben. Nach Ihrer eigenen Aussage hatten Sie zu dem Zeitpunkt mit dem Kabinett noch nicht einmal über Möglichkeiten von Ausgangsbeschränkungen gesprochen. Da waren in vielen anderen Staaten schon entsprechende Regelungen in Kraft. Zwei Tage später haben Sie sich dann doch mit der Frage beschäftigt und wollten weitgehende Ausgangsbeschränkungen noch verhindern. Diese kamen dann zwei Tage später, am 22. März.

Nun geht es richtigerweise darum, aus den weitreichenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens wieder einen Weg zurück in die Normalität zu finden. Es wird eine neue Normalität sein - so viel steht schon heute fest -, denn das Virus wird uns noch lange Zeit begleiten. Selbst optimistische Schätzungen gehen nicht davon aus, dass vor dem nächsten Jahr ein Impfstoff verfügbar sein wird. Realistischerweise wird es zwölf Monate oder sogar länger dauern, bis ein Impfstoff entwickelt, zugelassen und verfügbar ist. Solange es keinen Impfstoff gibt und nach wie vor so wenig über die genaue Wirkungsweise des Virus bekannt ist, muss die weitere Ausbreitung des Virus, soweit es geht, verhindert oder jedenfalls verlangsamt werden.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht in einem dauerhaften Ausnahmezustand leben. Die Kunst ist es nun, die Balance zwischen Einschränkungen, die eine Ausbreitung des Virus verhindern, und der Öffnung des gesellschaftlichen Lebens zu finden, die für viele Bürger mit der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz einhergeht.

Die Regierungschefs der Länder und die Bundeskanzlerin haben einen ersten Aufschlag gemacht,

(Jörg Nobis)

und Sie, Herr Günther, haben uns erläutert, wie sich die Landesregierung den Weg zurück in die neue Normalität vorstellt. Der Großteil dessen, was Sie als erste Exit-Schritte umsetzen wollen, findet unsere Zustimmung und ist, mehr noch, in weiten Teilen deckungsgleich mit der Exit-Strategie meiner Fraktion, die wir am 14. April veröffentlicht haben.

Für besonders viele Menschen in Schleswig-Holstein ist aktuell die Situation im Bildungsbereich, an unseren Schulen und Kitas, von Bedeutung. Schüler in den Abschlussklassen wollen Sicherheit bezüglich ihrer Schulabschlüsse, wollen zu Recht wissen, wie die Abschlussprüfungen stattfinden werden. Auch jenseits von Prüfungen haben Schüler aller Klassenstufen ein Interesse daran zu erfahren, wie es weitergeht. Das gilt umso mehr für die Eltern, die bereits vor den Osterferien recht kurzfristig die Betreuung ihrer Kinder im schulischen Homeoffice organisieren mussten. Nicht zuletzt werden natürlich die Lehrer vor völlig neue Herausforderungen gestellt.

(Beate Raudies [SPD]: Die Lehrerinnen erst recht!)

All diese Gruppen benötigen jetzt so schnell wie möglich Klarheit darüber, wie es weitergeht. Die erste große Frage ist: zuerst die oberen Jahrgänge oder die Grundschulen öffnen? - Während sich die Leopoldina dafür aussprach, mit den Kleinen zu beginnen, also mit den Grundschulen und den Kitas, weil hier Fernunterricht - wenn überhaupt - am schwierigsten umzusetzen sei, haben wir von Anfang an den umgekehrten Weg für richtig gehalten und sind erfreut zu hören, dass die Landesregierung das ebenso sieht. Gerade in den älteren Jahrgängen können Hygiene und Distanzregeln besser umgesetzt werden als in den unteren Schulklassen.

Auch dürfen wir einen einfachen Fakt nicht ausblenden: Je dichter der jeweilige Schulabschluss rückt, desto weniger Zeit bleibt, Versäumnisse durch Unterrichtsausfall wieder aufzuholen und wettzumachen. Wir müssen verhindern, dass am Ende auf den Abschlusszeugnissen von ganzen Jahrgängen in der Fußnote eine Erklärung steht, dass bestimmte Inhalte coronabedingt gestrichen werden mussten. Das wird jetzt voraussichtlich nicht nötig sein, und das ist gut so.

Für die weitere Planung muss bis zum Monatswechsel ein Plan her, wie der Unterricht bis zum Sommer gestaltet werden soll. Das sind Sie neben den Schülern insbesondere den Eltern und Lehrern schuldig.

In einem weiteren Bereich ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden: Die Öffnung kleinerer und mittlerer Geschäfte ist richtig, auch wenn die konkrete Umsetzung nicht ganz unberechtigt bereits für reichlich Diskussionen gesorgt hat. Für uns steht eine sorgfältige Abwägung der Interessen im Mittelpunkt, wozu auch eine Gewichtung gehört: Zuerst die kleinen und mittleren Geschäfte öffnen zu lassen, ist von besonderer Bedeutung, weil diese das Herz unserer Innenstädte ausmachen und häufig heute schon mit der Konkurrenz aus dem Internet, von der grünen Wiese oder großen Einkaufszentren zu kämpfen haben.

Die konkrete Umsetzung wirft aber Fragen auf. Ob die Grenzziehung bei 800 m² Verkaufsfläche sinnvoll ist, kann vorerst dahingestellt bleiben; irgendwo muss eine Grenze gezogen werden. Wenn diese Begrenzung für Buchläden, Autohäuser und Fahrradgeschäfte nicht gilt, für Möbelhäuser aber sehr wohl, für Outlet-Center erst ja, dann nein, dann doch wieder ja - nur, um zu argumentieren, man wolle Magneteffekte verhindern, also dass Einkaufstempel zu Ausflugszielen tausender ansonsten ausgangsbeschränkter Bürger werden, man wolle Massenaufläufe verhindern -, wird diese Regelung spätestens durch die Öffnung der Einkaufszentren konterkariert.

Sie stolpern jetzt genauso in die Öffnung, wie Sie vor einem Monat in die Schließung gestolpert sind, mit undurchdachtem Aktionismus. Was haben Sie denn vor einem Monat gemacht? Wir haben die Maßnahmen begrüßt, aber wäre es nicht möglich gewesen, den Feriengästen mit einem Tag Vorlauf zu sagen: „Bitte reist nicht mehr an, wir werden dann und dann die Inseln räumen und den Tourismus herunterfahren müssen“?

(Zurufe)

Diese Regierung hat auch während der letzten Wochen der Krise nicht gelernt, wenigstens ein paar Tage - auch mir ist klar, dass wir auf Sicht fahren - nach vorn zu planen. Sie hatten in der Osterpause etwas Gelegenheit dazu. Stattdessen schieben Sie den Schwarzen Peter jetzt den Kommunen zu, die sich nach Ihrem Schlingerkurs seit Mittwoch holterdiepolter darum kümmern dürfen, die Schutzkonzepte der diversen Läden - eigentlich übers Wochenende - zu prüfen: heute beschlossen, Montag sollen die Geschäfte aufmachen und bis dahin die Hygieneschutzkonzepte geprüft worden sein. Ich frage mich, wie das über das Wochenende gehen soll. Sie sagen, dafür seien die Kommunen zuständig.

(Jörg Nobis)

(Unruhe)

Hier braucht es einen stringenten Ansatz mit einer klaren Perspektive, und zwar für alle Einzelhändler. Dazu gehört unseres Erachtens auch die Konkretisierung der Schutzmaßnahmen. Eine Maskenpflicht zum Beispiel würde eine zeitnahe Öffnung aller Einzelhandelsgeschäfte begleitend ermöglichen. Darüber sollten wir wirklich einmal nachdenken. Seit wenigen Stunden wissen wir, dass der Freistaat Sachsen mutig vorangeht und eine Maskenpflicht beschlossen hat; nach den Städten Erfurt und - ich glaube - Hanau geht jetzt das gesamte Bundesland Sachsen da voran.

(Christopher Vogt [FDP]: Es war Jena!)

Es ist in diesem Zusammenhang ein Armutszeugnis, dass das Hauptargument gegen eine Tragepflicht von Masken die nicht vorhandene Verfügbarkeit ist.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Sehr geehrter Herr Günther, Sie haben es eben selbst gesagt: Es gibt Firmen in Schleswig-Holstein, die Schutzmasken herstellen, zertifizierte Schutzmasken, die im professionellen Bereich eingesetzt werden können. Diese Unternehmen exportieren zum Teil immer noch ins Ausland.

(Beate Raudies [SPD]: Unerhört!)

Dafür fehlt mir angesichts des Versorgungsmangels im eigenen Land das Verständnis.

Wir halten es nicht nur im Handel, sondern vor allem auch im Tourismus und in allen anderen betroffenen Bereichen für wichtig, so schnell wie möglich für Klarheit zu sorgen, unter welchen Umständen welche Maßnahmen gelockert oder aufgehoben werden können. Eine zeitlich begrenzte Maßnahme ist immer besser zu ertragen als ein permanentes Fahren auf Sicht. Denn so unübersichtlich die Lage sein mag und so schwer es ist, Prognosen zu treffen - das ist mir sehr wohl bewusst -, es geht darum, die Bedingungen zu formulieren, die dann, wenn sie denn eintreten, zu Entscheidungen führen. Das muss kein Datum sein, ich rede von Bedingungen, die eintreten, und dann sagt man: Man macht das und das.

(Martin Habersaat [SPD]: Wenn ihr aus dem Landtag fliegt, mache ich eine Flasche Sekt auf! - Lukas Kilian [CDU]: Ich spendiere Champagner! - Weitere Zurufe)

Das können im Übrigen - das gehört zur Wahrheit dazu - auch einmal Rückschritte sein, wenn das Infektionsgeschehen wieder Fahrt aufnehmen sollte.

Um das jedoch einschätzen zu können, muss man erst einmal Kriterien definieren und veröffentlichen, und man muss dafür die Datenbasis schaffen, um sachgerechte Kriterien mit Leben füllen zu können.

Genau das ist leider immer noch ein Schwachpunkt. Die tägliche Testkapazität beträgt landesweit 2.300 Stück. Das hat uns die Regierung auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt. Seitdem liefert die Regierung dem Parlament keine weiteren Daten. Wir haben bereits im Vorfeld der Sitzung des Sozialausschusses am 3. April nachgefragt, wie viele Personen seit Beginn der Epidemie in Schleswig-Holstein getestet wurden. Eine Zahl, die im Ministerium eigentlich bekannt sein müsste, sollte man meinen, oder sie wäre jedenfalls leicht zu ermitteln. Im Ausschuss gab es dazu keine Antwort, Herr Garg. Auch in der nächsten Sitzung am 9. April wurde nicht nachgeliefert. Erst auf unsere E-Mail-Nachfrage vom gestrigen Tag gab es dann vom Ministerium heute die Zusicherung einer Antwort, und wir warten sehnsüchtig darauf; wir sind gespannt.

(Minister Dr. Heiner Garg: Haben Sie doch längst schriftlich gekriegt! Was haben Sie denn!)

Testen ist nämlich der einzige Weg, um das gesamte Infektionsgeschehen besser beurteilen zu können und eine fundierte Basis für weitere Entscheidungen zu erhalten.

(Unruhe)

Das sind Binsenweisheiten; das weiß ich auch.

Wir halten es deshalb für unabdingbar, dass die Testkapazitäten deutlich erhöht und mehr Tests durchgeführt werden. Überall da, wo Menschen, insbesondere berufsbedingt, mit vielen anderen Menschen Kontakt haben, muss zuerst getestet werden: in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, aber auch bei Polizei und Rettungsdienst oder auch in Schulen, wie wir es fordern. Das dient der Sicherheit der getesteten Personen und kann darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum Verhindern weiterer Infektionen liefern.

Bis hierhin können wir alle in Schleswig-Holstein stolz auf uns sein; die allermeisten haben den Ernst der Lage begriffen und sich in den letzten Wochen sehr penibel an alle Beschränkungen gehalten, und zwar zum Wohle aller. Nur so war es letztlich möglich, das Infektionsgeschehen derart schnell zu verlangsamen. Wir sind da auf einem guten Weg.

Dennoch: Ostermontag hat es mir die Sprache verschlagen, als ich von den 72 Infektionen in der Pfl-

(Jörg Nobis)

geeinrichtung in Rümpel las. Was mich fast vom Stuhl kippen ließ, war die Nachricht, dass infiziertes Personal weiterarbeiten solle, sofern die Mitarbeiter symptomfrei seien. Laut Kreis konnten die negativ getesteten Bewohner aufgrund der räumlichen Situation in der Einrichtung nicht isoliert werden.

(Unruhe)

Um es kurz zu sagen: Wer auch immer die Verantwortung dafür trägt - dieses Versagen in Rümpel wird mit Sicherheit noch ein Nachspiel haben. Wie kann es angehen, dass bundesweit die Gesundheitsämter positiv getestete Personen in Zwangsquarantäne schicken, und zwar unabhängig davon, ob sie Symptome zeigen oder nicht - denn sie können das Virus ja trotzdem weitergeben -, dass 83 Millionen Bundesbürger nie da gewesene Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit hinnehmen müssen, um das Infektionsgeschehen bundesweit zu verlangsamen und in den Griff zu bekommen, aber in Rümpel in Schleswig-Holstein infizierte Mitarbeiter trotzdem weiterarbeiten und eine räumliche Trennung von nicht infizierten Bewohnern nicht erfolgt? Das ist Versagen par excellence. Sollten sich weitere Bewohner infizieren, die Ostern negativ getestet wurden, wovon ja - wie ich hören konnte - selbst der örtliche Amtsarzt ausgeht, wird das am Ende ein handfester Skandal.

(Unruhe)

Der Maßstab kann doch nicht wirklich sein, dass für die demenzen oder psychisch kranken Bewohner in jedem Fall ihr Umfeld erhalten bleibt und die Betreuer nicht wechseln sollen. Der Schutz bis dato negativ getesteter Personen und damit der vermutlich noch nicht infizierten Bewohner hätte doch an erster Stelle stehen müssen. Eine räumliche Trennung der positiv getesteten Bewohner und Mitarbeiter von den negativ getesteten Bewohnern und Mitarbeitern wäre doch zwingend notwendig gewesen. Ich bin mir sicher, dass es da eine bessere Lösung gegeben hätte als dieses Stormarner „Weiter so“.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mir ist völlig egal, wie man es macht; man hätte auch ein Hotel anmieten und die negativ getesteten Bewohner evakuieren können,

(Beate Raudies [SPD]: Ja, in ein anderes Pflegeheim!)

- in ein anderes Pflegeheim, aufteilen, wie auch immer. Das wäre möglich gewesen.

(Lukas Kilian [CDU]: „Wie auch immer“ ist das Problem! - Weitere Zurufe)

Dieses „Weiter so“ wird sich zu einem Skandal ausweiten. Das sage ich Ihnen heute ganz klar. Wir können nur hoffen, dass es am Ende nicht noch zu Toten unter den bis dato negativ getesteten Personen kommt.

(Anita Klahn [FDP]: Es ist unmöglich, was Sie da von sich geben! - Anhaltende Unruhe)

Zum Schluss darf ich resümieren: Die Richtung stimmt. Viele Ihrer Maßnahmen unterstützen wir. Aber sowohl bei den Tests als auch bei der konkreten Umsetzung hapert es noch. Unser Dank gilt weiter all denen, die in den vergangenen Wochen und nach wie vor an vorderster Front gegen das Virus kämpfen. Und er gilt allen Schleswig-Holsteinern, die sich an die Regeln halten und so ihren Teil zur Bewältigung der Krise beitragen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Beate Raudies [SPD]: Und die Schleswig-Holsteinerinnen werden wie immer nicht angesprochen!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, es wäre schön, wenn wir die bisher durchgehaltenen Regeln weiter einhalten könnten. Das ist zwar nicht immer einfach, aber das wäre ganz gut. - Nun hat gleich der Abgeordnete Lars Harms für den SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Spielchen kennen wir ja schon: Als sechster Redner nach der AfD muss man ein bisschen auf den Unsinn eingehen, den man vorher gehört hat. Auch wenn ich kein Gesundheitspolitiker bin - ich war es einmal -, die Berichterstattung über den Fall in Rümpel habe ich so verstanden, dass diejenigen Bewohner, die angesteckt sind, von denen gepflegt werden sollten, die schon angesteckt sind, aber noch keine Symptome haben, also pflegen können. Man kann sich dann ja nicht mehr gegenseitig anstecken. Diejenigen, die nicht angesteckt sind, sowohl Pfleger als auch Bewohner, sollten von diesen Menschen getrennt werden. Daran finde ich nichts Unlogisches, ich finde es ziemlich vernünftig und finde auch nicht, dass man das wie der Kollege Nobis skandalisieren sollte. Man sollte sich genau informieren, wie es dort läuft. Ich habe volles Vertrauen zum Sozialministerium, dass das geschieht.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein zweiter Punkt: Der Kollege Nobis hat durchblicken lassen, dass es nicht genügend Tests gebe, dass nicht getestet werde, dass die Welt zusammenbreche, weil das Sozialministerium nicht von heute auf morgen, jeden Tag die aktuellen Zahlen liefern kann. Auch ich kenne das Geschäft etwas länger. Es kann manchmal ein bisschen länger dauern, weil die kommunale Ebene dafür zuständig ist, die Daten zusammenzutragen, und weil diese Ebene davon abhängig ist, wie schnell diejenigen das liefern, die gerade hart am Arbeiten sind, die Ärzte, die Pfleger; die sind richtig am Ackern.

(Christopher Vogt [FDP]: Die haben andere Sorgen!)

Da muss ich mich auch als Oppositionspolitiker ein bisschen zurücknehmen und sagen: Lasst die Leute erst einmal arbeiten; wenn wir mit der Arbeit fertig sind, wenn wir die Krise überstanden haben, können wir gern gucken, was wir in Zukunft machen sollten. Auch diese Schelte fand ich unberechtigt.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist ganz anders: Politik handelt, und das ist gut so. Politik handelt parteiübergreifend, auch in Schleswig-Holstein. Das empfinde ich als sehr wohltuend.

Wenn ich mir einmal angucke - wir werden das in der nächsten Landtagstagung intensiver beraten -, was durch die neuen Hilfen in der zweiten Tranche alles auf den Weg gebracht worden ist, und das durchaus immer in Absprache mit uns Oppositionsparteien, dann finde ich das schon gut. Die Hilfen für die Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern führen dazu, dass 98 % der betroffenen Betriebe eine Chance haben, Geld zu bekommen. Das ist ganz wichtig. Das sichert nicht, dass diese Betriebe überleben können - das ist auch nicht Aufgabe der Politik, da würden wir uns übernehmen -, es kann aber eine ganz wichtige Hilfe fürs Überleben sein, und es kann eine ganz wichtige Hilfe dafür sein, dass Betriebe ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten können. Auch das ist ein Selbstzweck, der damit verbunden ist. Das ist nicht schlecht, das können wir als SSW sehr gut unterstützen.

Es ist aber noch mehr geschehen. Wir haben festgelegt, dass diejenigen Institutionen, die Ganztags- und Betreuungsangebote an Schulen anbieten, Ausfälle von Beiträgen erstattet bekommen, dass die Eltern den Kita-Beitrag erstattet bekommen, dass

Kultur- und Bildungseinrichtungen, die kurz vorm Zusammenbruch standen, Gelder bekommen, weil all ihre Kurse ausfallen, ihr komplettes Geschäftsmodell kaputt ist, hinter dem oft ehrenamtliche Träger stehen. Es ist toll, dass Politik das leisten kann, das ist richtig klasse.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist - wir haben kurz darüber miteinander telefoniert, Frau Ministerin -, ist die Zusage, dass alle Kulturträger mit Landesförderung diese behalten können, auch wenn sie zugesagte Veranstaltungen nicht durchführen können. Das ist für die Kulturträger eine Riesentlastung. Dass die Mittel jetzt schnell ausgezahlt werden, ist großartig und zeigt: Politik funktioniert. Das finde ich sehr bemerkenswert.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, bei all den Punkten, die ich gerade genannt habe, werden auch die Minderheiten berücksichtigt. Sie werden oft extra genannt, damit klar ist, dass diese Institutionen in freier Trägerschaft mit berücksichtigt werden. Auch dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Man sieht, dass die Gespräche zwischen uns ganz gut laufen. Im Übrigen auch bei einem anderen Punkt, was ich ganz toll fand: Gestern haben der Ministerpräsident und ich uns über Tierparks unterhalten, und da hat er gesagt: Das nehme ich einmal mit, das müssen wir noch beraten, damit das auch klappt.

(Zurufe)

Und heute sehe ich: Es klappt. Das ist doch wunderbar! Wir beide können miteinander, das funktioniert gut, und es freut mich, dass viele Familien mit ihren Kindern wieder in Tierparks gehen können. Das ist auch besser, als andere Veranstaltungen zuzulassen.

(Zurufe)

- Lieber Kollege Vogt, ich bin ja nicht nur dafür da, hier Lob und Dank auszusprechen - das ist eher die Aufgabe, die in den Kirchen erledigt wird -, sondern mir geht es auch darum, deutlich zu machen, dass es wichtig ist, dass wir uns regelmäßig darüber austauschen, wo es haken, wo es kneifen könnte. Das hat in der Vergangenheit funktioniert. Ich möchte ein Problem ansprechen, das mir sehr am Herzen liegt.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir nutzen Ihre zoologische Kompetenz!)

Von diesem Problem haben wir als SSW erst kürzlich erfahren, und es ist heute im Wirtschaftsaus-

(Lars Harms)

schuss schon angesprochen worden. Uns ist zuge-
tragen worden, dass die Bundesagentur für Arbeit
anscheinend nicht für ursprünglich geplante Berufs-
bildungsmaßnahmen in Berufsbildungswerken zah-
len möchte, weil die ausfallen. Wenn dem so ist,
wäre das eine Riesenkatastrophe, weil für die Be-
rufsbildungswerke dann ein komplettes Standbein
wegfiele.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

Wir müssen darauf achten, dass das nicht passiert.
Das ginge zum Nachteil der Schwächsten in der
Gesellschaft, die darauf angewiesen sind, dass es
gut funktionierende Berufsbildungswerke gibt. Des-
wegen meine herzliche Bitte an die Landesregie-
rung, dies zu überprüfen und sicherzustellen, dass
die Gelder entsprechend fließen können.

Meine Damen und Herren, der eigentliche Anlass
heute ist sozusagen der Ausstieg aus dem Einstieg,
der Ausstieg aus sämtlichen Beschränkungen, die
wir so haben. Auch ich möchte einzelne Punkte ein
bisschen bewerten und Vorschläge machen, wie
man sich auf Bundesebene dazu verhalten sollte.

Der SSW findet es richtig, dass wir eher vorsichtig
sind, dass wir Stück für Stück etwas zulassen, dass
wir lieber dreimal überlegen, bevor wir etwas zulas-
sen. Ich glaube, das ist die richtige Vorgehensweise,
und es ist klüger, es langsam zu machen, als alles
wieder zuzulassen und dann wieder einsammeln zu
müssen.

Wir merken, wie schwierig es ist, Schulen nur teil-
weise anlaufen zu lassen. Das ist eine Riesenhe-
rausforderung. Wir werden wahrscheinlich alle von
Lehrerinnen und Lehrern angesprochen, wie
schwierig es ist, das umzusetzen; das ist auch nicht
einfach.

Ich möchte einen anderen Punkt anbringen, der mir
wichtig erscheint und der garantiert vergessen wird:
Das ist die Schülerbeförderung. Viele Buslinien
sind inzwischen eingestellt worden. Wir haben
Schulen in freier Trägerschaft - nicht nur meine dä-
nischen Schulen, sondern auch Waldorfschulen und
kirchlich gebundene Schulen -, die Transporte zu
Orten vorzunehmen haben, die ein bisschen weiter
entfernt sind. Mein Sohn fährt jeden Tag 40 km zur
Schule und 40 km zurück.

Es muss sichergestellt sein, dass die Buslinien zu
den Schulen fahren können. Wenn ein Schichtsys-
tem eingeführt wird, dass eine Schulklasse am Vor-
mittag und eine am Nachmittag unterrichtet wird,
wird ein Mehrbedarf entstehen. Da Träger der
Schülerbeförderung die Kommunen sind, meine

herzliche Bitte, in die Gespräche mit den Kommu-
nen mitzunehmen, dass sie sicherstellen, dass die
Schulen nicht nur offen sind, sondern die Schülerin-
nen und Schüler dort auch hinkommen können.

Ebenso wie anderen Kollegen geht es mir, was die
Öffnung der Geschäfte angeht: Die 800-m²-Rege-
lung ist für mich nicht einleuchtend. Baumärkte
und Supermärkte mit riesigen Verkaufsflächen zei-
gen, wie hervorragend es gehen kann. Vor dem Hin-
tergrund auch da meine herzliche Bitte: Überden-
ken Sie diese Frage noch einmal, damit wir diesen
Unsinn in den nächsten Verhandlungen mit den an-
deren Bundesländern schnell gestrichen kriegen
und die Leute nicht ständig Pappwände aufstellen
müssen, nur damit man auf 799 m² Verkaufsfläche
kommt. Es wäre besser, wenn alle Geschäfte offen
hätten.

(Beifall FDP)

Es ist gut, Großveranstaltungen bis zum 31. August
2020 abzusagen. Davon werden nicht nur viele
Volksfeste betroffen sein, damit werden auch viele
Sportveranstaltungen nicht stattfinden können. Wir
müssen darüber nachdenken, die Sportvereine ent-
sprechend zu unterstützen. Ich denke insbesondere
an die Handballvereine, aber auch an die ver-
gleichsweise mittelklassigen Fußballvereine.

(Unruhe - Zuruf: Holstein Kiel!)

- VfB Lübeck zum Beispiel, oder Weiche Flens-
burg.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Keine Schärfe
hier!)

Die sind sehr stark abhängig von Zuschauerzahlen.
Wenn die Zuschauer nicht kommen dürfen, wird es
für sie schwierig, zu überleben, ihre Gehälter zu
zahlen. Deshalb müssen wir genau darauf achten,
dass wir diese sportliche Infrastruktur aufrechter-
halten. Ansonsten - da wird der Kollege Stegner mir
sicher zustimmen - ist es auch gut, wenn wir in Zu-
kunft in den Profi-Ligen Geisterspiele durchführen
können.

(Christopher Vogt [FDP]: Beim HSV ändert
das gar nichts! - Heiterkeit)

Das wäre nicht nur für die Sportvereine gut, son-
dern auch im Sinne der Bevölkerung, um ein biss-
chen Unterhaltung als Dank dafür zu bekommen,
dass man so lang diszipliniert war.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nehmen Sie also bitte die Anregung mit, dass wir
Geisterspiele zulassen sollten.

(Lars Harms)

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ein dritter Punkt ist uns ganz wichtig - da sind wir in der Tat ein bisschen uneinig -: Es ist der Tourismus. Der ist schwer geschädigt. Wir dürfen nicht glauben, dass dem nicht so wäre. Man hat damit gerechnet, nach einer langen Winterpause Ostern, Pfingsten und über den 1. Mai wieder geöffnet zu haben und das Geld zu verdienen, um über den nächsten Winter zu kommen.

Der Winter kommt erst noch. Die stöhnen jetzt schon, weil sie nicht weiterwissen. Dann wird es richtig hart für unsere Unternehmen, wenn der nächste Winter kommt. Deshalb glaube ich, dass es für die touristischen Unternehmen dringend wichtig ist zu erfahren, wie sie es hinbekommen können und welche Auflagen sie erfüllen müssen, damit sie wieder an den Start gehen können.

Insbesondere macht mir die Gastronomie Sorgen. Die ist ganz hart betroffen, das weiß ich aus eigener Anschauung von sehr vielen Leuten, die ich bei mir in Husum kenne. Viele Unternehmen stehen kurz vor der Insolvenz. Das sind viele Arbeitsplätze, niedrig bezahlte Arbeitsplätze, aber auch Arbeitsplätze, die einen Nebenerwerb für die Familien darstellen.

Es sind vor allen Dingen - das sage ich ganz deutlich - Arbeitsplätze von Frauen, die hart bedroht sind und wegfallen, wenn wir der Gastronomie nicht helfen, hier wieder in Gang kommen zu können. Deswegen ist es ganz dringend, dass wir gastronomischen Betrieben - mit Sicherheit mit Einschränkungen - die Chance geben, wieder zu öffnen.

(Beifall SSW, CDU, FDP und Abg. Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zwei Dinge möchte ich noch erwähnen. Den ersten Punkt kann ich kurz abhandeln - es ist hier schon einmal angesprochen worden, und Sie werden es sicherlich irgendwann einmal auf Bund-Länder-Konferenzen beraten -: Eine App, die Bewegungsprofile erstellt, kann man nur auf freiwilliger Basis zulassen. Es darf nicht sein, dass eine solche App womöglich zwingend vorgeschrieben wird.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Es ist auch ganz wichtig: Es darf keinen Gruppendruck geben. Wenn jemand diese App nicht benutzen möchte, weil er sich nicht überwachen lassen will, dann ist das auch in Ordnung. Dann dürfen wir auf solche Menschen, sollte es diese App irgendwann einmal geben, keinen Druck ausüben, dass sie sie unbedingt einsetzen müssen.

(Beifall SSW und FDP - Tobias Koch [CDU]: Die erstellt kein Bewegungsprofil!)

Ein letzter Punkt - das ist für uns natürlich die Herzensangelegenheit schlechthin, der Kollege Vogt hat es eben schon angesprochen -: Ich finde, wir müssen dringend auf Bundesebene, aber auch mit dem Königreich Dänemark in Gespräche eintreten, dass wir die Grenze nach Dänemark wieder öffnen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh ja!)

Wir haben Riesenprobleme. Familien, die auf beiden Seiten der Grenze leben, können sich nicht besuchen. Leute, die weiter pendeln - also zum Beispiel Leute, die in Aalborg arbeiten oder auf deutscher Seite in Hannover - müssten eigentlich formell jeden Tag hin und her pendeln. Wenn sie es nicht tun und nur einen Tag zuhause bleiben, kommen sie bei der Rückkehr in das jeweils andere Land 14 Tage in Quarantäne. Und das zwischen zwei Ländern, die als Musterschüler der Bewältigung der Coronakrise gelten!

Ich hätte nichts gegen Grenzsicherungen, wenn wir eine Grenze zu Italien hätten. Da würde ich sagen: Okay, da muss man aufpassen, da gibt es große Schwierigkeiten. Aber hier ist es wirklich so, dass diese beiden Länder mit der Coronakrise gut klar kommen. Es gibt keinen inhaltlichen Grund dafür, eine solche Grenzsicherung weiter aufrechtzuerhalten. Deswegen hier die herzliche Bitte: Herr Ministerpräsident, sprechen Sie das in einer der nächsten Sitzungen an, damit wir hier demnächst wieder freie Fahrt über die Grenze hinbekommen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Sie merken schon: Ich habe die Gelegenheit gern genutzt, hier zwei bis drei Vorschläge zu machen und hoffe, dass das eine oder andere berücksichtigt werden kann. Allerdings möchte auch ich am Ende Dank sagen. Bei der letzten Rede zu diesem Thema habe ich mich schon bei den Pflegenden, den Ärzten und den Beschäftigten im Einzelhandel bedankt.

Das gilt natürlich weiterhin, wobei nach meiner Auffassung nicht nur die systemrelevant sind, sondern jeder, der seiner Arbeit nachgeht - auch Kellerhelfer, aber auch unsere Polizisten, die eine super Arbeit machen und etwas ganz Schräges tun, nämlich den Leuten irgendwelche Regeln erklären müssen, wann sie sich wo aufhalten können. Das ist gar nicht so einfach und leicht. Was Sie dort hinbekommen, ist aller Ehren wert.

(Lars Harms)

Ich finde aber auch, dass es sich einmal gehört, den Ministerien Dank zu sagen, nicht nur den Leitenden, sondern allen, die dort arbeiten, auch denjenigen, die sich im Homeoffice bemühen und bis zum bitteren Ende Gas geben. Danke an die Landtagsverwaltung

(Beifall im ganzen Haus)

und auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen, die genauso hart arbeiten. Alle arbeiten unter den merkwürdigsten Verhältnissen. Es ist manchmal gar nicht so ganz einfach, wenn Kinder und Enkelkinder im Hintergrund quengeln,

(Beate Raudies [SPD]: Ehemänner!)

wenn man gerade eine Telefonkonferenz hat. Bei mir ist es so, und ich empfinde es nicht nur selbst als anstrengend, sondern meine Enkeltochter findet es auch anstrengend, dass der Alte nicht immer zur Verfügung steht. Vor diesem Hintergrund ist es aller Ehren wert, was da gelaufen ist und weiterläuft. Sagen Sie allen einen herzlichen Gruß vom SSW. Es ist wirklich toll, was da geleistet wird, wir sind wirklich froh, dass wir so eine tolle Landtagsverwaltung und Landesverwaltung haben. Wir sind gut aufgestellt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich natürlich ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken. Ich glaube, dass wir in Schleswig-Holstein alle einen sehr guten Job gemacht haben. Den Menschen gebührt tatsächlich von uns allen Dank. Viele Menschen im Land halten sich an die Vorschriften und Vorgaben, und das hat tatsächlich auch damit zu tun, dass diese immer richtig gut kommuniziert worden sind.

Ich denke aber - da bin ich ganz bei meinem Kollegen Christopher Vogt -, dass natürlich, wenn wir jetzt einige Beschränkungen aufheben, aber an anderen weiter festhalten, die Frage aufkommen wird: Warum dürfen die einen, und warum dürfen die anderen nicht? - Daher ist gerade in dieser Zeit Krisenkommunikation das Wichtigste. Die Kommunikation muss klar und verständlich sein, und sie muss vor Ort auch verstanden werden. Deshalb

wird viel davon abhängen, wie die Landesverordnung jetzt formuliert wird. Da ist das Kabinett jetzt stark gefordert.

Ich kriege Anrufe von den Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen aus den Städten,

(Tobias Koch [CDU]: Tatsächlich!)

die alle sagen: Wir wissen noch gar nicht so genau, wie es ab Montag tatsächlich laufen soll. Das sind Sorgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe CDU)

- Jetzt haben Sie vielleicht das Lachen, aber wenn dann ab Montag das Chaos im Land losgeht, werden die Menschen sich fragen: Warum konnten wir das nicht vorher verhindern? - Deswegen ist Kommunikation sehr wichtig. Dabei kommt es nicht nur auf den Empfänger an, sondern dabei ist der Sender besonders wichtig. Da bringt auch kein Bashing in Richtung von Empfängerinnen und Empfängern etwas, sondern es muss sehr klar gesendet und kommuniziert werden. Da, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ist es letztendlich Ihre Aufgabe, hier im Land eine klare Kommunikation und Verständigung zu schaffen.

Wir leben in einer Demokratie und haben mündige Bürgerinnen und Bürger. Sie alle wollen natürlich erklärt haben und wissen, warum das eine geht und das andere nicht geht. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir alle gemeinsam vernünftig kommunizieren, werden die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Bereitschaft im Land weiterhin hoch sein. Es geht nicht über Verbote und Regelungen; die Akzeptanz und Bereitschaft müssen weiterhin sehr hoch gehalten werden, damit wir alle insgesamt gut durch diese Zeit kommen.

(Zurufe und Unruhe CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob uns allen im Land das insgesamt gelungen sein wird. Spätestens in zwei oder drei Wochen werden wir hier wieder darum ringen müssen, welche Lockerungen möglich sind. Einige Beispiele wurden von Ralf Stegner, aber auch von Christopher Vogt genannt. Wir werden dann sehen, ob wir zurück in die Phase davor fallen, weil uns die Kommunikation und Ausföhrung vor Ort nicht gelungen sind.

Ich vertraue darauf, dass wir alle gemeinsam gut durch diese Zeit kommen und weiter sehr klar und deutlich miteinander kommunizieren. Hier kann man nicht den Schwarzen Peter in die eine oder andere Richtung schieben. Letztendlich liegt es an

(Serpil Midyatli)

uns, denjenigen, die hier Verantwortung tragen. -
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich möchte mich bei meinen lieben Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken, vor allem auch bei denjenigen, die zwischenzeitlich, wenn sie durch die Gänge laufen mussten, ihre Masken angelegt haben. Das waren ja doch einige. Denken Sie jetzt bitte alle daran, wenn Sie hinausgehen, dies auch wieder zu tun. Wir merken alle, dass es eine gewisse Herausforderung ist.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende. Bleiben Sie gesund! Wir sehen uns am 6. Mai wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:11 Uhr